

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Bezugspreis:**  
 Vierteljahr 4,50 RM, monatlich 1,50 RM.  
 frei ins Haus, vorauszahlung. Einzelne  
 Nummern 10 Pf. Goldbezug: Monatlich  
 1,50 RM. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn  
 2,- RM, für das übrige Ausland  
 4,50 RM monatlich. Berlin ins Geld  
 bei direkter Bestellung monatlich 1,50 RM.  
 Postbestellungen nehmen an: Dänemark,  
 Holland, Dänemark, Schweden  
 und die Schweiz. Eintragungen in die  
 Gold-Preisliste.  
 Erscheinung täglich.

Telegramm-Adresse  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

**Anzeigenpreis:**  
 Die feingedruckte Zeile kostet  
 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das  
 feingedruckte Wort 20 Pf. (zählend  
 2 feingedruckte Wörter) jedes weitere  
 Wort 10 Pf. Großzeile und  
 Schlusszeile 20 Pf. das erste Wort  
 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf.  
 Briefe über 15 Buchstaben ablesen für  
 zwei Worte. Leierungsbuchung 20%.  
 Familien-Anzeigen, politische und  
 gemeinnützige Anzeigen 50 Pf. die Zeile.  
 Anzeigen für die  
 nächste Nummer müssen bis 3 Uhr  
 nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin  
 S.W. 68, Lindenstraße 3, abgegeben  
 werden. Geöffnet von 8 Uhr früh bis  
 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 25. April 1918.

Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Der Blockadeangriff auf Ostende und Zeebrügge

**Gefechte bei Bailleul. — Höhe Blengelhock erstürmt. — Nichtshofens Fliegertod. — Simferopol in der Krim erreicht.**

Berlin, 24. April 1918, abends. Amtlich.  
 Von den Kriegsjahresplänen nichts Neues.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 24. April 1918. (W. T. S.)

### Westlicher Kriegsjahresplan.

Auf den Schlachtfeldern an der Somme und an der Somme blieb die Gefechtsintensität auf britische Kampfhandlungen beschränkt. Nordöstlich von Bailleul erstürmten wir die Höhe von Blengelhock und nahmen hier Franzosen gefangen. Westlich von Bailleul wiesen wir englische Angriffe ab. Starke Vorstöße des Feindes nordwestlich von Bécouth wurden in unseren Vorpostenlinien zum Scheitern gebracht. Vorkämpfe an vielen Stellen der übrigen Front brachten Gefangene ein.

Mittmeister Freherr von Nichtshofen ist von der Befolgung eines Gegners über dem Schlachtfeld an der Somme nicht zurückgekehrt. Nach englischem Bericht ist er gefallen.

### Ostern.

#### Finnland.

Die unter dem Befehl des Generals Graf von der Goltz stehenden Truppen haben die Eisenbahnstationen Hyyti und Aechimaeli genommen und nördlich von Lahti die Verbindung mit der finnischen Armee hergestellt.

#### Ukraine.

In der Krim haben Truppen des Generals Koch Simferopol erreicht.

Der Erste Generalquartiermeister.  
 Ludendorff.

### Der österreichische Bericht.

Wien, 24. April 1918. Amtlich wird verlautbart:  
 An der italienischen Front keine größeren Kampfhandlungen.  
 Der Chef des Generalstabes.

## Englischer Großangriff gegen die U-Boot-Stützpunkte an der Flandernküste.

**Kampf auf der Mole von Zeebrügge.**

Berlin, 24. April. In der Nacht vom 22. zum 23. April wurde ein großangelegtes und mit rücksichtslosem Einsatz geplantes Unternehmen englischer Seestreitkräfte gegen unsere flandrischen Stützpunkte

verübt.

Nach heftiger Beschichtung von See aus drangen unter dem Schutz eines dichten Schleiers von künstlichem Nebel kleine Kreuzer, begleitet von zahlreichen Zerstörern und Motorbooten, bei Ostende und Zeebrügge bis unmittelbar unter die Mole vor, mit der Absicht, die dortigen Schiffs- und Gasenanlagen zu zerstören. Gleichzeitig sollte nach Aufzählung von Gefangenen eine Abteilung von vier Kompanien Seesoldaten (Royal Marines) die Mole von Zeebrügge handstreichartig besetzen, um alle auf ihr befindlichen Bauarbeiten, Geschütze und Kriegsmittel, sowie die im Hafen liegenden Fahrzeuge zu vernichten. Nur etwa vierzig von ihnen haben die Mole betreten; diese sind teils tot, teils lebend in unsere Hand gefallen. Auf den schmalen, hohen Mauern der Mole ist von beiden Seiten mit äußerster Erbitterung gekämpft worden. Von den am Angriff beteiligten englischen Seestreitkräften wurden die kleinen Kreuzer Jphigenia, Jntrepid, Sirius und zwei andere gleicher Bauart, deren Namen unbekannt sind,

dicht unter der Mole versenkt.

Berner wurden drei Zerstörer und eine größere Zahl von Torpedomotorbooten durch unser Artilleriefeuer zum Sinken gebracht. Nur einzelne Leute der Besatzung konnten von uns gerettet werden. Außer einer durch Torpedotreffer verursachten Beschädigung der Mole sind unsere Gasenanlagen und Küstenbatterie völlig unversehrt. Von unseren Seestreitkräften erlitt nur ein Torpedoboot Beschädigungen leichtester Art. Unsere Menschenverluste sind gering.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

### Der Zweck des englischen Vorstoßes.

London, 23. April. (Reuter.) Die Admiralität teilt mit: Heute wurde am frühen Morgen von unseren Seestreitkräften ein Angriff auf Ostende und Zeebrügge, die vom Feinde als Stützpunkte für seine Zerstörer und U-Boote ausgenutzt werden, unternommen. Unsere Streitkräfte sind jetzt auf der Heimkehr begriffen. Nach den bisherigen spärlichen Nachrichten hat der Angriff lediglich guten Erfolg (wörtlich reasonable measure success) gehabt. Mit Zus-

nahme der Deckungsschiffe bestand das verwendete Geschwader aus Hilfskriegsschiffen und aus sechs veralteten Kreuzern.

Fünf dieser Kreuzer, mit Beton ausgefüllt,

wurden als Blockierungsschiffe verwendet, gemäß den erteilten Befehlen an Strand geschickt, von den Mannschaften verlassen und gesprengt. Ein weiterer Bericht wird ausgegeben werden, sobald Berichte von den Schiffen, die jetzt nach ihren Stützpunkten zurückkehren, vorliegen. Ueber die Verluste ist noch nichts bekannt.

London, 23. April. (Reuter.) Im Unterhaus gab der Erste Lord der Admiralität Sir Eric Geddes folgende Erklärung über die Unternehmung gegen Ostende und Zeebrügge ab:

Der Angriff wurde unter dem Befehl des Vizeadmirals Roger Keyh ausgeführt. Zerstörer aus Dover und französische Zerstörer wirkten mit. Sechs veraltete britische Kreuzer, Brilliant, Sirius, Jphigenie, Jntrepid, Thebis und Vindictive, sämtlich 20 bis 30 Jahre alt, nahmen an dem Angriff teil. Fünf, mit Beton gefüllt, sollten im Kanal und wenn möglich am Eingang der Häfen versenkt werden. Vindictive und zwei Hilfschiffe, ursprünglich Liverpooler Fährboote, führten Sturm- und Zerstörungsabteilungen zum Sturm auf die Spitze der Zeebrügger Mole. Vindictive war besonders mit Kampfschiffen zur Landung der Sturmabteilungen versehen und mit Flammenwerfern ausgerüstet. Alle beteiligten Leute, Matrosen und Seesoldaten waren freiwillige der Großen Flotte, und es zeigte sich großer Wetteifer für die Unternehmung. Leichte Deckungsschiffe unter Admiral Dromholt deckten die Operationen und die Streitmacht, von großen Monitoren und einer Anzahl Motorfahrzeugen und Küstenmotorbooten, von welchen kleinen starken Booten, die größtmögliche Besatzung führten, sechs teilnahmen.

### Der Hauptplan

war folgender: Nach harter Beschichtung von einständiger Dauer durch Monitore auf Zeebrügge sollte Vindictive mit 2 Hilfskreuzern längs der Mole von Zeebrügge gehen und Abteilungen zum Sturm und zur Zerstörung landen. Unter diesen sollten drei Blockschiffe, das sind alte Kreuzer, in den Kanal eindringen, auf Grund laufen und in die Luft gesprengt werden. Zwei alte wertlose Unterseeboote, mit Explosivstoffen gefüllt, sollten gegen die Verpflanzung außerhalb der Mole an der Küste ansetzen. In Ostende war die Arbeit einfacher. Dort sollten 2 Blockschiffe an die Küste rennen und am Eingang des Hafens gesprengt werden. Die bekannt gewordenen

### Ergebnisse

sind: In Ostende liefen 2 Blockschiffe die Küste an und wurden nach Sprengung verlassen. In Zeebrügge erreichten 2 von den 3 Blockschiffen ihr Ziel, wurden versenkt und am Eingang des Kanals gesprengt. Das dritte lief in der Durchfahrt auf Grund. Ein gewisser Gesamtschaden wurde durch Artilleriefeuer und Torpedoangriff auf feindliche Zerstörer und andere Schiffe längs der Mole verursacht. Ein Küstenmotorboot meldet die Zerstörung eines feindlichen Zerstörers, der zu entkommen suchte. Einer der beiden alten Unterseeboote erreichte seine Ziele, wurde gesprengt und zerstörte dabei die Verpflanzung nahe der Mole. Die Sturmabteilungen von Vindictive und von den Hilfskreuzern Iris und Daffodil gingen zum Angriff vor und kämpften mit größtmöglicher Tapferkeit, indem sie die Stellungen längs der Mole über eine Stunde hielten und beträchtlichen Schaden und Verluste den feindlichen Streitkräften zufügten, die die Mole, die Zerstörerbatterie, die Unterseebootsdepots und die große Wasserflugzeugbasis auf dieser hielten. Der Angriff hatte vor allem den Zweck, die Aufmerksamkeit der Besatzung der Mole auf sich zu ziehen, während die Blockschiffe in den Hafen eindringen, und er erreichte diesen Zweck. Nachdem die Landungsabteilungen wieder eingeschifft waren, traten Vindictive, Iris und Daffodil mit Erfolg den Rückzug an. Vindictive ist, wie gemeldet wird, nach seinem Ausgangsort zurückgekehrt, und die beiden anderen sind auf dem Wege dahin. Die ganzen

### bisher gemeldeten britischen Schiffverluste

betrogen einen Zerstörer, der durch Geschütze von der Mole und zum Sinken gebracht wurde, zwei Küstenmotorboote und zwei Motorfahrzeuge, die vernichtet wurden. Die Admiralität glaubt den Vizeadmiral von Dover und allen Offizieren und Mannschaften größten Dank für ihr äußerst tapferes Unternehmen schuldig zu sein. Es liegt genügende Wahrscheinlichkeit vor, daß der

### Eingang zum Brüggekanal möglicherweise wirksam blockiert

ist und daß beträchtlicher Materialschaden verursacht wurde.

### Deutsche Erklärung gegen Geddes.

Amtlich. Berlin, 24. April. Aus der vom Ersten Lord der englischen Admiralität Sir Eric Geddes im Unterhaus gegebenen Erklärung über die Unternehmung gegen Ostende und Zeebrügge scheint man herauslesen zu sollen, daß sowohl in Ostende, ganz besonders aber in Zeebrügge, das beabsichtigte Ziel — Abschließung der Häfen — erreicht worden sei. Demgegenüber wird

hiermit ausdrücklich festgestellt,

daß die Seekriegsführung von der flandrischen Küste aus durch die englische Unternehmung in keiner Weise gestört ist.

## Zum Entwurf eines Arbeitskammergesetzes.

Unsere gestrige Besprechung der beiden neuen sozialpolitischen Gesetzesentwürfe konnte naturgemäß nur sehr kurz sein, da diese Entwürfe in später Abendstunde der Redaktion zugingen. Wir mußten uns im wesentlichen auf eine Darstellung des Inhalts des Entwurfes selbst beschränken.

Soweit die Aufhebung des § 153 in Betracht kommt, haben wir den ja schon mehrfach im „Vorwärts“ gemachten Ausführungen nichts mehr hinzuzufügen.

Was das Arbeitskammergesetz betrifft, so muß gesagt werden, daß es im höchsten Maße bedauerlich ist, daß der Bundesrat den Grundzügen des von den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden im Dezember vergangenen Jahres ihm eingereichten Entwurfes eines Gesetzes betreffend Arbeitskammern und gesetzliche Einigungsämter nicht entsprochen hat. Ja es scheint, als ob die Regierung diesen Entwurf bei der Ausarbeitung des von ihr vorgelegten ganz unberücksichtigt gelassen hat; sie erwähnt ihn bei der Darstellung der bisherigen Versuche und Anregungen, zu einem Arbeitskammergesetzentwurf zu gelangen, mit keinem Wort. Es kann naturgemäß der Regierung nicht zweifelhaft sein, daß, wenn sich die Arbeiterverbände aller Richtungen und eine große Anzahl von Angestelltenverbänden auf eine bestimmte Regelung einigen, sie doch auch mit allen Kräften sich bemühen werden, diese von ihnen für zweckmäßig gehaltene Regelung im Gesetz selbst durchgeführt zu sehen.

Die Regierung hat sich im wesentlichen an die Grundzüge des Entwurfes vom Jahre 1910 gehalten. Der damalige Entwurf scheiterte an dem sogenannten Arbeitersekretär-Paragrafen, das heißt, die Regierung wollte die Arbeitersekretäre als Vertreter der Arbeiter nicht zulassen, und an der Weigerung der Regierung, die Eisenbahnarbeiter unter ein Arbeitskammergesetz fallen zu lassen. Die rein berufliche Grundlage des damaligen Entwurfes ist in vollem Umfange aufrecht erhalten worden. Dabei ist durch die Entwicklung der Jahre das Interesse an beruflichen Arbeitervertretungen ganz wesentlich zurückgegangen, namentlich angesichts des Wachstums der beruflichen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen. Das Bedürfnis nach allgemeinen territorial gegliederten Arbeitervertretungen, in denen die Interessen aller Berufs in allgemeinen sozialpolitischen Angelegenheiten zusammengefaßt werden, ist dagegen in hohem Maße gewachsen. Aus diesem Grunde haben denn auch die Gewerkschaften in ihrem Entwurf vom Dezember 1917 eine solche territoriale Gliederung der Arbeitskammern gefordert. Wenn jetzt die Regierung den Entwurf lediglich auf die berufliche Organisation einstellt, so wird das natürlich in den Kommissionen und im Plenum des Reichstages Kampfe auslösen, die angesichts der starken Wahrungnahme der Parlamente leicht hätte vermieden werden können, wenn die Regierung sich den einmütigen Wünschen von Arbeitern und Angestellten angepaßt hätte. Die Umgestaltung des aus dem Jahre 1910 noch vorliegenden Entwurfes hätte natürlich den Bearbeitern des Regierungsentwurfes einige Mühe gemacht. Jetzt wird diese ganze Arbeit unnötigerweise dem Parlament zugeschoben.

Weiter ist auch in dem Entwurf keine Rücksicht genommen darauf, daß die Arbeitskammern sich der Vertretung reiner Arbeiterinteressen allein widmen können. Die freien Gewerkschaften haben auf dem Gewerkschaftskongress in Köln 1905 mit übergroßer Mehrheit sich für reine Arbeiterkammern entschieden. Eine Mehrheit für ein Arbeitskammergesetz dürfte angesichts der Tatsache, daß die christlichen und lutherischen Gewerksvereine und damit auch die ihnen nahestehenden politischen Parteien im Reichstag sich auf eine paritätische Vertretung der Arbeiter und Arbeitgeber festgelegt haben, im Reichstag nicht zu erzielen sein. Darum haben auch die freien Gewerkschaften ihre Bedenken gegen die paritätischen Kammern unter der Voraussetzung zurückgestellt, daß den Kammern die Möglichkeit gegeben werde, auch als reine Arbeitnehmer-Vertretungen zusammenzutreten und Anträge zu stellen, Gutachten abzugeben usw. Die Arbeitnehmer einer Arbeitskammer sollten für diesen Zweck besondere Arbeitsnehmerabteilungen bilden. Nach Einholung einer gutachtlichen Äußerung der jeweils in Betracht kommenden wirtschaftlichen Organisation der Arbeiter und Arbeitgeber durch die Landeszentralbehörde sollte diese die Bildung von Abteilungen für Gewerbebranchen oder für bestimmte Arten von Betrieben anordnen können. Vorgeesehen waren Abteilungen für die Land- und Forstwirtschaft und für die kaufmännischen Angestellten. Für alle übrigen Angestelltenverbände sollte auf Antrag der Arbeitskammer eine Abteilung errichtet werden. Die Gesamtarbeitsnehmerabteilung sollte Anträge und Wünsche der Arbeiter-

berufen und für die Beratung durch die eben erwähnten For-  
forderlichen Erhebungen. Sie sollte hierzu die feiner  
berer Verhältnis zur Kostenaufwendung für die Lebenshaltung,  
sowie über die Dauer der Arbeitszeit, veranlassen und schließlich  
erforderlichenfalls auch selbstständig Gutachten  
über die gewerblichen und selbstständigen Verhältnisse in  
ihrem Bezirk erlassen und Anträge an Behörden, an Ver-  
tretern von Kommunalverbänden und an die gesetzgebenden  
Körperschaften der Bundesstaaten und des Reiches richten  
können.

Der Entwurf der Regierung hat diese Wünsche vollständig  
übererfüllt gelassen. Wohl aber hat er den Wünschen  
einer bestimmten Gruppe von Angestellten insoweit Rechnung  
getragen, als nun für Betriebsbeamte, Werkmeister und Tech-  
niker, für Handlungsgehilfen und Handlungslehrlinge und  
anderen Arbeitgeber besondere Angelegenheiten durch Reichs-  
gesetz vorgegeben sind. Das begründet die Regierung mit der  
eigenartigen Stellung der Angestellten als eines Mitgliedes  
zwischen Arbeiter und Arbeitgeber, die dieses erwünscht er-  
scheinen lassen. In einer Zeit, in der sich z. B. die Ver-  
sicherungen nach Vereinfachung der Angelegenheitenversicherung  
mit der Arbeiterversicherung mehrern, soll hier wieder eine  
besondere Trennung der beiden Gruppen von Arbeitnehmern  
geschaffen werden. Damit würde also die hier geschaffene  
Interessenvertretung nicht einseitig aufgebaut, sondern auf  
mehrere Geisse gestützt sein. Dafür liegt natürlich in keiner  
Weise auch nur der geringste Grund vor. Es wird Aufgabe  
des Reichstags sein müssen, auch hier eine Vereinheit-  
lichung herbeizuführen.

Endlich aber auch läßt der Entwurf der Regierung die  
Wünsche der Arbeitnehmern ganz unbeachtet, die sich auf die  
gesetzliche Sicherstellung der im Hilfsdienstgesetz zuerst vor-  
gesehenen Schlichtungsstellen und Arbeiter-  
ausschüsse beziehen. Daß eine solche Sicherstellung er-  
folgen muß, kann nach den Erfahrungen, die mit diesen  
Stellen und Ausschüssen gemacht worden sind, gar nicht  
zweifelhaft sein. Gerade im Arbeitskammergesetz, das der  
Interessenvertretung dienen soll, wäre die beste Gelegenheit  
gewesen, auch diese Stellen zum Ausgleich widerstreitender  
Interessen zu einem dauernden Bestandteil unseres geltenden  
Rechts zu machen.

Nach hier wird also wieder der Reichstag ein Feld  
großer Arbeit finden, um diesen Notwendigkeiten zu genügen.

Wie wir schon in der gestrigen Nummer des „Vor-  
wärts“ betonten, ist die im Entwurf der Regierung vor-  
gesehene Möglichkeit, in den Verkehreinstellen des Reiches  
und der Bundesstaaten bestehende Arbeiteraus-  
schüsse zu Arbeitskammern zu erklären über-  
aus bedenklich. Eine Arbeitskammer für einzelne noch so  
große Betriebe wird niemals die erwünschte Wirksamkeit er-  
zielen können. Die Arbeitskammer setzt sich dann aus-  
schließlich zusammen aus den in diesem Betriebe beschäftigten  
Personen und das wird auf die Entschiedenheit einer solchen  
Arbeitskammer doch immer mehr oder minder großen Ein-  
fluß ausüben. Mit einer solchen Regelung kann man sich  
nicht zufrieden geben. Es liegt gar kein Grund vor, für die  
Verkehrsangelegenheiten des Reiches und der Bundesstaaten ein  
Zonderrecht zu schaffen. Die in diesen Betrieben beschäftigten  
Arbeiter können ebenso im Rahmen der allgemeinen Arbeits-  
kammern ihre Vertretung finden, wie die Arbeiter und die  
Arbeitgeber anderer Betriebe.

Die im Entwurf vorgesehene Vorschrift, daß die Arbeits-  
kammern für ihren Bezirk ein Einigungsamt zu er-  
richten haben, steht eigentlich mit der ganzen Tendenz des  
Regierungsentwurfs im Widerspruch. Da der Entwurf ja  
die sachliche Grundlage für den Aufbau der Arbeitskammern  
vorsieht, würden wir auch hier zu rein sachlichen Einigungs-  
ämtern kommen. Bei einer rein territorialen Gliederung der  
Arbeitskammern würde hier jedenfalls eine viel zweckmäßigere  
Organisation auch der Einigungsämter möglich sein.

Wichtig merkwürdig erscheint in dem Entwurf der Regierung  
die Vorschrift, daß die Zahl der Arbeitsekretäre  
und Unternehmern-Syndici nicht mehr als je  
ein Viertel der Vertreter ihrer Gruppe betragen  
dürfen. Deshalb man hier die Wahl der Leute des Ver-  
trauens der Streife, für die die Kammern errichtet werden,  
beschränken will, ist ganz unverständlich. Es liegt gar kein  
Grund vor, hier überhaupt eine Begrenzung vorzunehmen.  
Man muß es den beteiligten Gruppen ganz allein überlassen,  
zu bestimmen, wen sie in die Arbeitskammern entsenden  
wollen.

Jedenfalls wird der Entwurf einer sehr gründlichen Nach-  
prüfung unterzogen und eine wesentliche Umgestaltung er-  
fahren müssen, ehe er die begründeten Erwartungen der  
Arbeiterschaft erfüllen kann.

## Deutschland und Holland.

### Beunruhigende Gerüchte.

Haag, 23. April. Das Korrespondenzbureau teilt mit:  
Hier waren in den letzten Tagen beunruhigende Gerüchte über  
ein angebliches Ultimatum Deutschlands an  
die holländische Regierung im Umlauf, wonach Deutschland  
gedroht haben soll, unsere Häfen zu besetzen, wenn wir nicht  
gewissen deutschen Forderungen nachkommen  
würden. An maßgebender Stelle weiß man  
nichts von einem derartigen Ultimatum.

Das Wienerbamer „Het Vaderland“ sagt am Dienstag  
im Vorkriegsartikel:

Unsere Beziehungen zu Deutschland fangen in  
den letzten Tagen an, Sorge zu erwecken. Von  
einem scharf ausgeprägten Konflikt scheint noch keine Rede zu sein,  
wohl aber von Zuständen, die zu denken geben. Sollte in  
Berlin eine Stimmung überhand nehmen, in der  
man mit unseren Hoheitsrechten nicht weiter  
mehr Rechnung hält, dann wird unter gefasstem Volk fast in  
einem guten Recht daraus die für uns allein mögliche Folgerung  
ziehen und darauf handeln. Die holländische Regierung möge mit  
einer großen Umsicht darüber wachen, daß keine begründeten Klagen  
gegen uns angeschrieben werden können. Die gegenwärtige Regierung  
mit Holland betraute vier Jahre aus dem Kriege herauszuhalten ver-  
standen, ihre großen Verdienste gegenüber dem Volk sollen nicht ver-  
gessen werden, auch nicht, wenn sie selbst der Meinung sein sollte,  
daß sie beim Eintreten einer neuen Phase der Welt die  
einstweilen kritische ist als die bisher durchge-  
führten Stadien, die Staatsleitung lieber anderen Männern  
überantwortet sieht. In diesem Fall wird ein nationales Kabinett so-  
fort wie möglich das Ruder des Staatschiffes in die Hand nehmen  
müssen.

Wolffs Bureau gibt zu diesen Neuherungen folgende  
Anmerkung: Die Besorgnisse des „Vaderland“ über die  
Stimmung in Berlin erscheinen uns übertrieben.

## Guatemala in Kriegszustand mit Deutschland.

Washington, 23. April. (Reuter.) Die Gesandtschaft  
von Guatemala teilt mit: Der Entschluß Guatemalas, sich  
in die Reihe der Alliierten zu stellen, ist die Folge eines  
Notenandrangs zwischen der Gesandtschaft und Lanfing nach  
dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen Guatemalas zu  
Deutschland. Infolgedessen befindet sich Guatemala heute im  
Kriegszustand mit Deutschland und seinen Verbündeten an der  
Seite der Vereinigten Staaten zur Aufrechterhaltung der Rechte  
Amerikas und der Menschlichkeit, eine Haltung, die es bei-  
behalten wird, im Verein mit den Vereinigten Staaten, bis  
der preussische Militarismus aufhört, freie Länder zu  
bedrohen.

Aus dieser Begründung mit der sattem bekannten Entente-  
Normel ergibt sich, daß Guatemala, der östliche Nachbar  
Mexikos, sich in politische Abhängigkeit zu den Vereinigten  
Staaten gebeugt hat. Auch dieser Staat, wie alle mittel-  
amerikanischen Staatsgebilde durch seine Lage in der Nähe  
des Panamanalkanals zu erhöhter Wirksamkeit gelangt, hat sich  
also bereit erklärt, hinfort seine auswärtigen Beziehungen —  
es kommt natürlich vor allem auf die wirtschaftlichen an —  
nach den Wünschen der nordamerikanischen Union zu orien-  
tieren. Allerdings hat Guatemala, was der Wortlaut der  
Neuermeldung durchblicken läßt, sich nur auf begrenzte Zeit  
der Politik Wilsons verschrieben. Vorläufig gibt es noch  
Ermüdungen, die deren Bäume nicht bis in den höchsten  
Himmel wachsen lassen.

## Bessarabien und Rumänien.

Bukarest, 23. April. Der bisherige Ministerpräsident der mol-  
dauischen Volksrepublik Ciuhureanu und der Präsident  
des Landrats Juculey haben ihre Resignation niederge-  
legt und sind als Minister ohne Portefeuille in das  
rumänische Ministerium eingetreten; die Regie-  
rung in Kischinewitz aufgelöst worden. Die rumänische  
Regierung hat außerdem in Bessarabien Präfekten ernannt. An  
Stelle von Juculey ist Professor Stere zum Präsidenten des Land-  
rats gewählt worden.

## Herrenhaus gegen Krone.

### Rücktritt des Fürsten Windischgrätz.

Der Präsident des österreichischen Herrenhauses, Fürst  
Alfred Windischgrätz, hat laut einer Meldung des Wiener  
Korr.-Bureaus beim Kaiser um die Enthebung von seinem  
Amt angefleht. Als Grund wird angegeben, die zwiespältige  
Auffassung, die sich in der Angelegenheit der Abhaltung von  
Herrenhausungen in dieser Woche ergeben hat.

Nach einer weiteren Mitteilung derselben Herkunft hatten  
die Verfassungs- und die Mittelpartei eine Anfrage an  
die Regierung gestellt, die Windischgrätz an-  
wortete, daß er eine Debatte jetzt nicht für angemessen halte.  
Nun soll die Anfrage der Regierung überreicht und zugleich  
der Öffentlichkeit übergeben werden.

Nach der „Neuen Freien Presse“ vom letzten Dienstag  
hatten die Verfassungs- und die Mittelpartei eine Rund-  
gebung für das Bündnis mit Deutschland be-  
absichtigt. Es waren zwei Resolutionen geplant, von denen  
die eine besagte, daß Czernin seinen Posten ohne Ver-  
ständigung mit dem Kaiser unternehme, während die zweite  
ihre Spitze gegen die Krone richtete. Fürst Windischgrätz  
wollte die Beratung dieser Resolutionen verhindern.

## Die Wahlen in Dänemark.

Die dänischen Wahlen haben eine knappe Mehrheit  
für die bisherigen Regierungsparteien er-  
geben. 39 Sozialdemokraten und 32 Radikale macht zu-  
sammen 71 Siege von 140, 45 Mandate der alten Union  
(Bauernpartei) und 22 Konservative der verschiedenen  
Schattierungen gibt erst 67, wozu noch ein Mandat der neuen  
„Gewerkepartei“ hinzukommt. Die Verteilung der Zusat-  
mandate nach dem neuen Verhältnissystem ist noch nicht fest-  
gestellt, wird aber die Mehrheitsverhältnisse nicht verändern.

Die Sozialdemokratie hat 7 Mandate gewonnen.  
Zuhilfe kam ihr dabei die Vermehrung der Mandate von 114  
auf 140, insbesondere der Kopenhagener von 18 auf 24. Die  
abgesplitterten Gruppen der „Unabhängigen“ und der „So-  
zialistischen Arbeiterpartei“ blieben ohne Erfolg.

Auch die Frauen haben diesmal beinahe vollständig mitgewählt.  
Ihre Beteiligung war stark. In Kopenhagen wurden drei  
Frauen gewählt, darunter die Gattin des Kriegsministers.

## Sozialisten gegen Clemenceau.

Zu den Erklärungen Clemenceaus vor den Kammer-  
auschüssen bemerkt Cahin in der „Heure“, nach den Erklärungen  
habe eifriges Schweigen geherrscht. Das Unbehagen sei keineswegs  
zerstreut. Clemenceau habe sich bemüht nachzuweisen, daß Frank-  
reich infolge seiner Potentil und der daraus erwachsenen Zwischen-  
fälle keinen Schaden erleiden werde, aber auf diese Art seien die  
Schwierigkeiten nicht gelöst. Clemenceau habe Desinteresse  
ungarn fest in die Arme Deutschlands getrieben.

Wissrahl erklärt in der „Humanité“, es wäre durchaus kein  
Verbrechen, wenn man Clemenceau beschuldigen könnte, daß er die  
deutsche Offensive habe verhindern wollen. Der große Fehler bestehe  
gerade darin, daß nichts getan worden sei, um eine Fortsetzung des  
Krieges zu verhindern. Clemenceau wolle beweisen, daß er nicht um  
Frieden gebittelt habe. Bald werde man die ganze Wahrheit er-  
kennen. Inzwischen empfinde man es als letzten beun-  
ruhigend, daß diejenigen, die Frankreichs Ge-  
schicke leiteten, eine derartige Mentalität be-  
säßen.

Renauddus fährt in der „Humanité“ aus, Clemenceau habe  
das Dossier-Eignes-Rebortera nur wenigen Deputierten vor-  
legen wollen. Die Ausschüsse hätten sich über Clemenceaus  
Wunsch hinweggesetzt. Warum wolle jetzt Clemenceau  
auf einmal nicht mehr die ganze Wahr-  
heit? Dies sei kein politischer Streik, sondern es  
handle sich um die Politik Frankreichs, die Politik der Entente, um  
die Verteilung der französischen Diplomatie, um die Verlängerung oder  
die Einstellung des Krieges, es handle sich um die Her-  
stellung eines gerechten und dauerhaften Frie-  
dens, um die Aufassung von Sieg und Recht in der Welt. Das  
Blut der französischen Soldaten fliehe, England, Rumänien, Belgien  
und Serbien seien außer Gefahr gesetzt. Das französische  
Volk wolle nicht, daß es so weitergeht. Weder Worte  
noch Zweifelsigkeiten noch Zusammenhangslosigkeiten genügen.  
Nur in Wahrheit und Klarheit könne das Peil liegen.

## Die Wladiwostok-Frage.

Nach „Nieuwe Rotterdamse Courant“ berichtet der  
Moskauer Korrespondent der „Daily News“ vom Freitag:  
Die zunehmende Macht der Sowjet-Regierung ist aus  
den Nichtigkeiten der letzten Versuche, Streit-  
kräfte gegen die Sowjettruppen ins Feld zu  
bringen, ersichtlich. Die Sowjetfeindlichen Truppen, die letzte  
Woche bei Nowo Ischerka im Dongebiet erschlagen sind, wurden  
zerstreut und die Sowjets beherzter die Lage vollkommen. Von  
Kornilow aufgestellte Banden haben, obwohl sie gut bewaffnet,  
diszipliniert und ausgerüstet waren, eine schwere Niederlage er-  
litten. Selbst Semenow war trotz der Hilfe, die er aus dem  
Auslande erhielt, bei seinem letzten Angriff viel schwächer als bei  
den früheren. Gerüchweise verlautet, daß Semenow und Kornilow  
beide gefangen seien.

Aus diesen Vorgängen ist zunächst nur zu entnehmen,  
daß die Sowjet-Regierung in ihrem Widerspruch gegen die  
japanische Landung bis jetzt fest geblieben ist. Die Frage des  
japanischen Kontrahs läßt keinerlei Zweifel erkennen, daß  
Japan etwa daran denkt, die Landung rückgängig zu machen.

Tokio, 21. April. (Reuter.) Der Minister des Aus-  
wärtigen Motono ist abgetreten. Der Minister des Innern  
Gotō folgt ihm im Amte.

## Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 23. April. Eines unserer U-Boote, Kommandant  
Kapitänleutnant Kolbe, hat in den vergangenen Wochen im Sperr-  
gebiet um die Azoren und bei den Azorischen Inseln 11 Dampfer,  
4 Segler und 2 Fischdampfer mit insgesamt 30 602 Dr.-Reg.-To.  
versenkt.

Hierunter befanden sich der portugiesische Dampfer Reptano von  
300 Dr.-To., die italienischen Dampfer Costanzo von  
1027 Dr.-T., und Luigi von 864 Dr.-T. sowie der englische  
Dampfer Elston von 3192 Dr.-T. Letzte beide waren bewaffnet  
und wurden im Artilleriekampf niedergeschlagen. Das 7,5 Zenti-  
meter-Geschütz des englischen Dampfers wurde erbeutet, der Kapitän  
gefangen genommen. Unter den Segelschiffen befanden sich die  
amerikanische Schoner Julia Francis, 183 Dr.-T., U. E. Wy-  
land 130 Dr.-T. und der englische Schoner Elise Bird von  
135 Dr.-T.

Die für unsere Flotte bestimmten Ladungen der Schiffe  
waren zum Teil unmittelbar für den militärischen  
Gebrauch bestimmt. Sie bestanden unter anderem aus 3300  
Tonnen Salz, 6000 Tonnen Salz, 800 Tonnen Kohl, 800 Tonnen  
Palmöl, 200 Tonnen Palmkern, 4000 Tonnen Kohlen  
und 4000 Tonnen Stahlgut, hierunter vor allem Lebensmittel,  
Stahldraht, Leder usw.

Für die deutsche Kriegswirtschaft wurden 3501 Lederne  
Treibriemen von je 100 Meter Länge in die Heimat  
zurückgebracht.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Rom, 21. April. Aus Madrid wird der „Münchener Zeitung“  
von ihrem eigenen Mitarbeiter unter dem 16. April gebracht:  
Gegenüber Palafongell in der Provinz Gerona hat ein U-Boot  
einen französischen Geleitzug angegriffen. Einzelheiten darüber wer-  
den unterdrückt, doch ist bekannt geworden, daß der

Transatlantische Provence schwer beschädigt

in Palamos (Provinz Gerona) eingelaufen ist.

Paris, 23. April. Gavas. Der „Temps“ bringt eine Washing-  
toner Depesche, die den gänzlichen Verlust des in einem  
französischen Hafen liegenden amerikanischen Dampfers  
Florence infolge einer inneren Explosion meldet, die auf einen  
Anschlag zurückgeführt wird. Von 74 an Bord befindlichen Per-  
sonen sind 34 gerettet.

## Wie Nichthofen fiel.

London, 23. April. (Reuter.) Der folgende Bericht über den  
Tod Nichthofens ist von dem offiziellen Kriegs-Korrespondenten bei  
den australischen Truppen in Frankreich eingegangen: Nichthofen  
wurde gestern abgeschossen, als er in geringer Höhe die feindliche  
australische Front flog. Die Angel, die ihn traf, ist wahrscheinlich  
von dem Kanonier Lewis bei einer Batterie der australischen Feld-  
artillerie abgefeuert worden. Nichthofen fiel am Ende  
eines heftigen Kampfes zwischen britischen und  
deutschen Geschwadern. Ein britischer Piloter ist der  
Meinung, daß er Nichthofen abgeschossen hat. Nichthofen, der einen  
Dreidecker steuerte, wurde getroffen, als er sehr niedrig  
über dem Boden flog und als er selbst einen britischen Aufklärer  
herunterjagte. Der deutsche Meisterflieger stürzte nieder, das Flug-  
zeug ging krachend in Stücke. Nur eine Angel wurde in  
Nichthofens Körper gefunden, sie war in die linke Seite ein-  
gedrungen und gerade durchs Herz gegangen.

Der Kampf begann, als zwei australische Flugzeuge, die sich  
gleichzeitig weit hinter den deutschen Linien befanden, plötzlich 6 feind-  
liche Flugzeuge über sich bemerkten. Die Deutschen gingen sofort  
zum Angriff nieder und sahen uns in der Planke und im Rücken.  
Die Australier machten kehrt und schossen nach rückwärts; einer  
der feindlichen Dreidecker stürzte aufschienend Feuer.  
Ios herunter. Die Australier gingen selbst herab, um sich  
gegen einen etwaigen Wiederanstieg zu sichern. Sie befanden sich  
jetzt außerhalb des Kampfes, der sich über der Sonne zwischen  
etwa 10 Flugzeugen auf jeder Seite abspielte. Das britische Ge-  
schwader von Kampfaufklärern (fighting scouts) hatte ein feind-  
liches Geschwader angegriffen und die Australier waren augen-  
scheinlich nur auf einen Teil davon getroffen. Bis zur Feststellung  
von Nichthofens Tod hatte man nicht erkannt, daß es sich  
um sein berühmtes Flugzeug handelte. Die Ver-  
sinnlichkeit ließ sich nach den Papieren und der Uhr des Getöteten  
deutlich feststellen.

Im Wehranstand des österreichischen Abgeordnetenhauses er-  
härte der Landesverteidigungsminister, die Lage fordere durchaus  
die Aufrechterhaltung der jetzigen oberen Grenze  
des Landsturmes.

Ein neues sozialistisches Blatt in Paris. Seit dem 10. April  
gibt die französische Arbeiterbewegung den von Jean Longuet geleiteten  
„Humanité“ heraus. Es erscheint täglich abends, während die  
„Humanité“ Morgens erscheint. Die „Humanité“ begrüßt das  
neue Blatt herzlich und spricht die Überzeugung aus, daß es um  
die Erhaltung der Parteieinheit nicht weniger besorgt  
sein werde als sie selbst.

Die Hierarchie-Bomben. Wie die Niederländische Telegraphen-  
Agentur aus dem Haag berichtet, teilt das Ministerium des Aus-  
wärtigen mit, daß die britische Regierung jetzt den ganzen  
Schaden, der in der Nacht vom 29. zum 30. April 1917 durch  
englische Hierarchie-Bomben angerichtet wurde, ersetzt hat.

Wissardengesetz für die amerikanische Flotte. Washington,  
21. April. (Neuermeldung.) Das Repräsentantenhaus nahm ein-  
stimmig das Wassergesetz an, das der Flotte 1312 Millionen Dollar  
für Kriegszwecke zur Verfügung stellt.

Groß-Berlin
Alldeutsche Sittenrichter.

(Der „Deutschen Zeitung“ gewidmet.)

O kommt ihr Leute, kommt und hört
Den neuesten Skandal,
Wann Deutschland ist entehrt, empört
Ist jegliche Moral!

In einem Moderatgrund leucht
Ich furchtlos jetzt hinein
Und mache mir die Finger feucht
Am ellen Hüftschleim.

Die teufliche Sittlichkeit, sie wankt!
Die eine vrade Kautz,
An Diplomatenfranke krankt
Das Uraermantentum!

Er hat... er hat...
Er hat... er hat...
Er hat... er hat...
Er hat... er hat...

Gird Raubl

„Höhere“ Strafenjugend.

Die Klagen über „Verrohung“ der Jugend haben in der
Arienszeit zugenommen. Wer etwa den Mangel an „Tugend“ auf
den Nachwuchs der Arbeiterklasse beschränkt glaubt, kann sich jetzt
eines anderen belehren lassen. In Berlin will der Magistrat für
die über 14 Jahre alten Schüler und Schülerinnen der höheren und
mittleren Schulen und der Privat- und Handelsschulen Ausweisel-

Die Groß-Berliner Gemeinden und der Straßenbahn-

Wie wir hören, haben von den an der Neuregelung des Groß-
Berliner Straßenbahnverkehrs beteiligten 24 Gemeinden bereits etwa
20 nach dem Vorbild Berlins auf die ihnen bei einer Tarif-
änderung zustehenden Rechte und Abgaben zugunsten des Verbandes
Groß-Berlin ohne Entschädigung verzichtet. Die gleiche Erklärung
der übrigen Gemeinden steht in Aussicht. Die einzige Gemeinde
Groß-Berlins, die an ihre Verzichtserklärung Bedingungen geknüpft
hat, ist wie wir gestern mitteilten, Reinickendorf. Wie wir
errieten, wird der Verband Groß-Berlin nicht in der Lage sein,
die von Reinickendorf beanspruchte Sonderbedingung zu erfüllen.
Da diese eine lebende Erklärung kaum geeignet sein dürfte, das
große Werk der einheitlichen Abrechnung zwischen dem Verband
Groß-Berlin und den einzelnen Gemeinden zu gefährden, möchte es
wäter der Gemeinde Reinickendorf überlassen werden, ihre Ansprüche
bei einer ihr zweckmäßig erscheinenden Stelle zu vertreten.

Er soll Kohlen „bereit halten“.

Ah, wenn doch alles so glatt ginge, wie es auf dem Papier
der Behörden steht! Wer durch Erwerbsarbeit gehindert ist, seine
Kohlen am Tage zu kaufen, darf Abfertigung in den Abendstunden
beanspruchen. Auf seinen Antrag überweist ihn der Kohlenverband
Groß-Berlin an einen bestimmten Händler, dem er schriftliche An-
weisung gibt, für diesen Kunden die Kohlen in den Abendstunden
„bereit zu halten“. Das ist leicht gesagt, aber so schwer Kohlen-
händler antwortet solchem Zwangshunden, daß es schwer getan ist.

Eine in Berlin-Nord wohnende Kriegerfrau, die tagsüber ihrer
Erwerbsarbeit nachgeben muß, schreibt uns, daß sie vom Kohlen-
verband nacheinander drei verschiedenen Händ-
lern überwiesen wurde, ohne daß sie bisher Kohlen er-
halten konnte. Bei dem ersten Händler waren für sie nie Kohlen
zu haben, so oft sie abends zu ihm kam. Die Frau des zweiten
lehnte von vornherein die Annahme ab und behauptete, daß sie
schon seit Wochen keine Kohlen habe. Der dritte Händler erklärte,
die Kundin solle kommen, wenn — Kohlen da seien. Sie hat nun
wenig Hoffnung, daß es ihr hier besser als bei den ersten Händlern
gehen und sie endlich die 10 Zentner Kohlen kriegen wird, die ihr
auf alte Kohlenkarte noch zustehen. Da sie kein Was hat und nicht
tunnen auf teurem Holz kochen kann, so will sie jetzt ihre Kohlen
durch eine Verwandte in einem ganz anderen Stadtteil kaufen
lassen. Sie muß dann aber die Mühe und Kosten der stunden-
weiten Heranschaffung mit in den Kauf nehmen.

Zu demselben Gegenstand äußert sich in einem uns zugehenden
Brief auch ein Kohlenhändler aus Neukölln. Ueber die Anweisung,
für die am Tage erwerbstätigen Frauen die Kohlen bis zum Abend
aufzubewahren, schreibt er: „Das ist ja nun ganz schön und gut,
aber der Haken ist der: Wo bekommen wir Kohlenhändler die
Kohlen dafür her? Ich selber habe auf 62 solcher Schöne zu
liefern, gebe gewöhnlich 2 Zentner auf die Scheine ab, das macht
dann zusammen 104 Zentner. Ich bekomme nun aber nur eine
200-Zentner-Lore. Was machen denn da meine andern 300 Kohlen,
die auch was haben wollen? Sollen die etwa dauernd ohne Kohlen
sein? Mit Recht fordert er, daß für die ihm zugewiesenen
Zwangshunden ihm auch die nötigen Kohlen zugewiesen
werden.“

Wird nicht endlich Berlin etwas besser mit
Kohlen beliefert werden?

Die Verteilung des Werderschen Obstes.

Die Verhandlungen mit den Vertretern der Werderschen Obst-
züchter sind so weit gediehen, daß mit einem festen Abschluß des

Vertrages, der die Werdersche Obstzufuhr für Groß-Berlin sichert,
nunmehr binnen kurzen geredet werden kann. Durch ein Ab-
kommen mit der Obstzüchter-Genossenschaft in Werder wird die Ver-
pflichtung dieser Genossen festgelegt werden, in alter Weise das von
ihnen geerntete Obst mittels Schiffes nach Berlin zu befördern.
Das übrige Obst, das im Wege des freien Kaufs durch Händler
nach Berlin gelangt, wird von den Groß-
händlern, die schon bisher als hauptfällige Auf-
käufer in Betracht kamen, in Werder aufgekauft und mittels
Sonderzuges nach Groß-Berlin verladen werden. Es wird eine
Verordnung bei der Reichsstelle für Gemüse und Obst in Kuregung
gebracht werden, die die Zulassung anderer als dieser kon-
zessionierten Großhändler im Ostgebiet ausschließt
und außerdem den Verkauf von Obst unmittelbar im Ostgebiet an
solche Personen, und zwar in beschränktem Umfang, zuläßt, die sich
als Ortsbewohner ausweisen können. Die gesamte Kontrolle der
Obstzufuhr aus Werder soll der Habelobstbau-Wirtschafts-Genossen-
schaft übertragen werden. In Berlin wird das von den Groß-
händlern und durch die Erzeuger mittels Schiffes auf den Markt
gebrachte Obst grundsätzlich durch den Kleinhandel an
den Verbraucher gelangen. Eine möglichst gerechte Verteilung an
den Kleinhandel durch Gruppenbildung ist in Aussicht genommen.

Erhöhte Teuerungszulagen für die städtischen Bureauhilfskräfte.
Ein Stadtverordneten-Ausschuß hat sich gestern mit dem
sozialdemokratischen Antrage beschäftigt, der da-
hin geht, den vor dem Kriege beschäftigten Bureauhilfskräften
(Bureauclerkatären), die bisher den Beamten und Angestellten be-
willingten Teuerungszulagen, und allen während des Krieges aus-
helfsweise angestellten Bureauhilfskräften je nach der Dauer ihrer
Beschäftigung eine einmalige Teuerungszulage nach den gleichen Grund-
sätzen wie den festangestellten Beamten und Angestellten zu ge-
währen. Der Magistrat hatte beschlossen, die Vergütungssätze für
Hilfskräfte auf die Dauer des Krieges um 15 Proz. monatlich vom
1. April d. J. ab zu erhöhen. Der Ausschuß hat nach längerer
Beratung beschlossen, diesen Satz zu erhöhen.

Die „hinreichend versorgten“ Kriegerwitwen. Der Stadt-
verordneten-Ausschuß zur Vorbereitung des sozialdemokratischen
Antrags über die Unterstützung von Hinterbliebenen
gefallener Kriegsteilnehmer, bezw. über den Ausgleich zwischen
der bezogenen Unterstützung und der später festgesetzten Rente, hat
unter dem Vorsitz des Stadtrats Spändig nach Erklärungen des
Stadtkammerers Voeg und des Stadtrats Doffein, daß für die
Witwen usw. schon jetzt hinreichend gesorgt würde, diesen An-
trag abgelehnt.

Keine Fahräder mit Gummirreifen mehr. Der Polizeipräsident
von Berlin macht darauf aufmerksam, daß bestimmungsgemäß neue
Genehmigungen zur Verwendung gummirönter Fahräder nicht
mehr erteilt werden dürfen. Privatpersonen gegenüber dürfen Aus-
nahmen nur dann gemacht werden, wenn es sich um Kriegsbeschädigte
handelt, die wegen ihres körperlichen Zustandes auf die Benutzung
von Fahrädern mit Gummirreifen angewiesen sind.

Ein großer Fabrikbrand. In der Sebaltsinstr. 18/19 stand die
Pampensfabrik von Schwingner u. Gräß in Flammen. Es brannten
in dem alten Fabrikgebäude auf dem zweiten Hofe Schälbeden und
Wassentanks mit dem mit Del durchgetränkten Zwischengebäl. Als
diese Gefahr beseitigt war und die Feuerwehr schon wieder abgerückt
war, kam der Brand abermals, und zwar in weit größerer Aus-
dehnung, zum Ausbruch, das Lagergebäude stand bis zum 2. Stock
in Flammen. Die Hitze und der Qualm waren selbst für die alten
abgebrähten Feuerwehrmänner kaum zu ertragen. Trotzdem hielt
die Mannschaft stand und es gelang, den Brand so einzudämmen,
daß gegen Morgen jede Gefahr beseitigt war. Das Erdgeschoss hat
sehr gelitten, das erste und zweite Stockwerk ist ausgebrannt. Ueber
die Entstehung des Brandes konnte nichts ermittelt werden. Der
Betrieb der Fabrik soll ununterbrochen bleiben.

Das Verhängnis von einem Morde war gestern mittag in Berlin-
Mitte verbreitet. In der Steinstr. 6 sollte eine Witwe Waldow
ermordet worden sein. Wie die Kriminalpolizei alsbald feststellte,
handelt es sich um einen Totschlag im Streit. Die fünfzig
Jahre alte Frau Erna Waldow geb. Dammascher wohnte im linken
Seitenflügel bei einer Frau Lehmann. Beide betriebenen einen
Straßenhandel. Frau Waldow besonders mit Streichhölzern, und
waren dem Trunt ergeben. Frau Waldow hatte ein Verhältnis
mit einem Manne, der in der Gegend unter dem Namen
„Schmiede-Ernst“ bekannt und jetzt von Schanzarbeiten
zurückgekehrt war. Vorgehens feierte man das Wiedersehen mit
jurischen Getränken. Als alle betrunken waren, kam es zu Streit
und Prügelei. Frau Waldow wurde äbel zugerichtet, auch be-
schmutzt, dann halbwegs wieder abgewaschen und ins Bett gebracht.
Gestern mittag fand Frau Lehmann, als sie aus ihrem Kaulsch
erwachte, die Wohnungsgenossin tot auf. Wahrscheinlich ist sie in
der Nacht gestorben. Schmiede-Ernst ist verschwunden und wird von
der Kriminalpolizei gesucht.

100 Paar herrenlose Stiefel hat die Kriminalpolizei beschlag-
nahmt und in Verwahrung genommen. Sie befanden sich in einem
großen Paket, das ein unbekannter Mann in einer Schenkwirtschaft
an der Kommandantenstraße mit dem Bemerkten unterstellte, daß er
es bald wieder abholen werde. Der Mann hat sich nicht wieder
sehen lassen. Er hat sich wohl nicht getraut, das Paket abzuholen,
weil sein Inhalt ohne Zweifel gestohlen worden war. Es handelt
sich um Leinwandstiefel, alles hohe Herrenschuhstiefel.

Neukölln. Versorgung mit Reichsbekleidung. Die Stadtgemeinde
ist jetzt zum Teil mit der ihr zugelegten Bekleidung durch die
Reichsbekleidungsstelle beliefert worden. Da nur eine geringe Menge
zur Verfügung gestellt werden konnte, ist von der Bekleidungsstelle
vorgegeben, daß in jedem Fall bei Bewilligung in eine genaue
Prüfung der Verhältnisse eingetreten wird. Die Ware wird nur an
Einwohner, die ein Einkommen von weniger als 4000 M. haben,
ausgegeben. Anträge auf Ueberweisung sind im Bureau der Be-
kleidungsstelle, Vergstr. 29, linker Aufgang, 1 Treppe links, wochen-
täglich in der Zeit von 9—3 Uhr zu stellen. Bei Stellung von
Anträgen ist die Steuerkarte und der Verzugschein vorzulegen. Nach
Prüfung der Anträge erhalten die Antragsteller Nachricht, aus der
hervorgeht, wann sie sich das benötigte Bekleidungsstück holen
können. Die Prüfung der Anträge wird etwa 3—4 Tage in An-
spruch nehmen.

Marmeladenverteilung. Auf Abschnitt 18 der allgemeinen
Lebensmittelliste für Neukölln dürfen in denjenigen Geschäften, in
welchen die Anmeldung zum Bezuge von Kolonialwaren erfolgt ist,
500 Gramm Marmelade (92 Pf.) entnommen werden. Die Be-
lieferung der Händler wird sofort nach Eintreffen der Ware im
städtischen Lager erfolgen. Die Kleinhändler haben mit dem Ver-
kauf zu beginnen, sobald sie die Marmelade abgeholt haben, der-
selbe ist eine Woche lang durchzuführen. Sie sind verpflichtet, den
Beginn des Verkaufs durch ein von der Straße aus sichtbares
Plakat anzugeben.

Wilmerdorf. Nahrungsmittel für Kinder. Auf die durch die Brot-
kommissionen ausgegebenen Bezugsscheine für Kinder im 1. bis
zum 4. Lebensjahre über 1 Pfund Nahrungsmittel für den Monat April
gelangen bis einsch. Dienstag, den 30. April, zur Ausgabe: für
Kinder im 1. und 2. Lebensjahre (gelbe Bezugsscheine) 1 Pfund
Kindergartenmehl, für Kinder im 3. und 4. Lebensjahre (rosa Be-
zugsscheine) 1 Pfund ausländische Pasterflocken. Die Entnahme der
Ware hat bei demjenigen Kleinhändler zu erfolgen, bei dem die
Vorabmeldung bewirkt worden ist.

180 Proz. Steuerszuschlag. Die Gemeindevertretung von
Zehlendorf hat Dienstag ihre Haushaltsberatungen beendet

und beschlossen, den Zuschlag zur Einkommensteuer von 180 auf
180 Proz. zu erhöhen, während der Gemeindeverordnungsstand 190 Proz.
vorge schlagen hatte. Die übrigen Gemeindeforderungen bleiben un-
verändert. Der Haushaltsplan für 1918 schließt mit 3 877 300 M.
ab. Auch die Gemeindevertretung von Wuchhalz hat beschlossen,
den Einkommensteuerszuschlag auf 180 Proz. zu erhöhen gegen
170 Proz. im Vorjahre. Ebenso hat Hohenhausen den
Zuschlag von 170 auf 180 Proz. hinaufgesetzt. Endgültige Steuer-
beschlüsse stehen in Groß-Berlin nur noch bei den Gemeinden
Stralau und Schmörgendorf aus.

Reinickendorf. Lebensmittel. In den amtlichen Verkaufs-
stellen der Gemeinde werden von jetzt an wie in allen anderen
Verkaufsstellen Anmeldungen zum Bezuge aller in der Gemeinde
zu verteilenden Nahrungsmittel und Brotaufstrichmittel entgegen-
genommen.

Friedrichshagen. Lebensmittel. Bis Sonnabend gelangt auf
Abschnitt 4 der grünen Lebensmittelliste eine Sonderausgabe für
Kubische zur Verteilung. Auf jede Karte entfallen 100 Gramm
Rudeln. — Ebenfalls gelangen bis Sonnabend auf Abschnitt 80 der
roten Lebensmittelliste 100 Gramm Grieh zur Verteilung.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

Spandau. Die letzte, äußerst gut besuchte, Mitgliederber-
sammlung nahm Stellung zu der am 8. Mai stattfindenden Stadt-
verordnetenwahl an Stelle des verstorbenen Genossen Pieper. Nach
eingehender Aussprache wurde einstimmig Genosse Emil Stahl
als Kandidat nominiert. Am 5. Mai soll eine Flugblattverbreitung
im Wahlbezirk stattfinden.

Genosse Stahl sprach sodann über das preussische Wahlrecht
und verurteilte scharf die Volkseindlichkeit der Wahlrechts-
kommission, besonders des Spandauer Vertreters Lüdke. Die Re-
gierung müsse, falls das Votum des Abgeordnetenhauses die
Regierungsvorlage ablehne, unbedingt den Landtag auflösen. Alle
Kräfte müßten dann darauf konzentriert werden, die Wahlrechts-
kommission aus dem Landtag zu entfernen. Ein Kompromiß und eine
Verständigung mit den wahlrechtsfreundlichen Parteien müsse ge-
sucht und gefunden werden. Wenn auch die Regierungsvorlage
unseren Forderungen noch nicht voll entspreche, so sei dieselbe doch
ein so gewaltiger Schritt nach vorwärts, daß alles aufgegeben
werden müsse, um die Wahlrechtsgegner niederzurufen. Ein Frei-
konferenztätiger dürfe unter keinen Umständen die Arbeiterstadt
Spandau weiter vertreten. Für den Abgeordneten Lüdke müßte
seine Nichtwiederwahl als Zweckverbandsmitglied seitens der Stadt-
verordneten ein warnendes Renetel sein, ein Wahlrechts-
freund müsse sein Nachfolger sein.

Genosse Zahnke modte noch auf den am 28. April stattfinden-
den Vortragabend in Conrads Festsaal aufmerksam, in welchem
die Genossen Landtagsabgeordneter Hirsch und Reichstagsabge-
ordneter Stahl über das preussische Wahlrecht sprechen werden.

Rosowes. Sonnabend, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, findet
im Lokal von Mag Singer, Brieselerstr. 31, kleiner Saal, die Ver-
sammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt. Tagesordnun-
g: Kriegs- und Friedensfragen. Referenten: Reichstagsabgeordnete
Dr. Lenk und Mag Cohen. Geschäftliches. Verschiedenes.
Gäste haben Zutritt.

Gerichtszeitung.

Wegen Einbruchdiebstahls bzw. unbefugten Waffentragens
waren der Fürsorgezögling Gustav Bränning, der Ar-
beiter Stanislaus Schlenzol, der 37 jährige Arbeiter Ernst
Gaede und der Kutcher Paul Schäfer angeklagt. — In der
Nacht zum 10. Februar beobachteten zwei Schußleute gegen 5 Uhr
morgens die jetzigen vier Angeklagten am Grünen Weg, wie sie
sich an den Eingangstüren mehrerer Geldsäuläden zu schaffen
machten. Als sie aus einem Herrenartikelfeschäft mehrere Hüte
entwendet hatten, sahen die Beamten zu. Es erwab sich, daß sie
einen guten Fang gemacht hatten, denn einer der Diebe, der Ange-
klagte Gaede, war ein zuletzt mit fünf Jahren Justizhaus vor-
bestrafter Eindredner, der 17 jährige Schlenzol trug neben einem
scharfgeladenen Revolver ein ganzes Bund Dietriche
bei sich, selbst der 15 jährige Bränning, der im Oktober aus der
Erziehungsanstalt Lichtenberg entwichen war, führte eine Portion
„Schrankzeug“ (Einbrecherwerkzeug) bei sich, welches darauf hin-
deutete, daß die vier ein „größeres Ding“ geplant hatten. — Das
Gericht erkannte gegen Bränning auf 1 Jahr 6 Monate,
gegen Schlenzol und Schäfer auf je 2 Jahre Gefäng-
nis und gegen Gaede auf 4 Jahre Justizhaus, 5 Jahre
Ehrenverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Arbeiter-Samariterbund. Kolonne Groß-Berlin. Mitglieder-
versammlung am Freitag, den 27. abends 8 1/2 Uhr, bei Schulz, Königs-
graden Nr. 2. Vortrag und Geschäftliches. Die Mitglieder werden ersucht,
pünktlich zu erscheinen. Diese Mitgliederversammlung findet an jedem
legten Freitag im Monat statt.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis
Freitag mittag. Im Küstengebiet trocken und größtenteils heiter, im
Binnenlande veränderlich, vorwiegend wolfig, besonders im Süden öfter
leichte Regenfälle, stürzweilige Gewitter, am Tage überall mild.

Jeder Arbeiter, jeder Angestellte
Groß-Berlins

solte es als seine Ehrenpflicht betrachten, das Blatt zu
halten, das die Interessen der Arbeiter und Angestellten ver-
tritt. Die Arbeiter wissen, daß der „Vorwärts“ ihr Blatt
ist, das auf allen Gebieten für ihre Rechte eintritt. Aber
auch die Angestellten werden finden, daß sich kein Blatt
sorgfältiger ihrer Angelegenheiten annimmt, als der „Vor-
wärts“. Für jeden Arbeiter, jeden Angestellten, der an
den sozialen Bestrebungen seines Berufs teil-
nimmt, ist die Lektüre des „Vorwärts“ unentbehrlich.

Dies bitten wir unsere Leser ihren Kameraden und
Kollegen zu sagen und sie zugleich zu veranlassen, den folgen-
den Zettel ausgefüllt an die Expedition des „Vorwärts“,
Lindenstr. 3, zu senden.

Name \_\_\_\_\_
Beruf \_\_\_\_\_
Wohnort \_\_\_\_\_
Straße? \_\_\_\_\_ Stock \_\_\_\_\_
bestellt den „Vorwärts“ zum Preise von 1,50 M.
per Monat frei ins Haus.



Die Krim.

Wenn man bei Beresop auf der samalen Landzunge, eben da, wo soeben deutsche Truppen sich den Weg gegen feindlichen Widerstand gebahnt haben, längs der großen, von Norden nach Süden verlaufenden Straße den Boden der Krim betritt, so findet man kein anderes Landschaftsbild als das, das man in Taurien hinter sich gelassen hat. Man steht sich in einer einformigen Ebene, die weit und breit dem Auge keinen Anhaltspunkt gewährt. Es ist die Krimische Steppe, die Fortsetzung der großen Südpontischen Steppe, die drei Viertel der ganzen Halbinsel umfaßt, und deren Uebe beinahe trostlos wirkt. Von jener südlichen Fruchtbarkeit und dem Farberreichtum, den man in so niedriger Breite glaubt erwarten zu können, von dem man vielleicht überflüssigste Schilderungen vernommen hat, ist nichts, aber auch rein gar nichts zu sehen. Das einzige, was dem Landfremden auffällt, sind mächtige Viehherden, Schafe und Künder, die überall da an der Steppe weiden, wo der Graswuchs auch nur ein wenig spärlicher gedeiht. Dieser Viehreichthum, besonders an den kräftigen sibirischen Steppentändern, macht den Wohlstand dieses Landes aus, unter dessen Bevölkerung die Tataren sehr zahlreich sind. Aber neben den Ukrainern gab es in Friedenszeiten gerade in der Krim sehr viele deutsche Kolonisten, die etwa 8 Proz. der Gesamtbevölkerung bilden und deren Siedlungen schon an Orten wie Kronenthal, Luftigthal, Gruberfeld, Marienthal, Schöbrunn und Järschthal zu erkennen sind. Einzelne dieser deutschen Gemeinden, wie die beiden letztgenannten, lassen sogar erkennen, aus welchen Gegenden des deutschen Sprachgebietes die hierher verlagerten Kolonisten stammen. Während des Sommers herrscht in dieser niederen, ebenen Steppe glühender Sonnenbrand; im Winter dagegen bringen die eisigen Winde aus dem Innern Rußlands bis in die Krim und haben oft genug eifige Kälte zur Folge.

Wo ist aber nun jenes paradiesische Stück Land auf der Krim, das den schönsten Gegenden der Erde zugerechnet werden kann? Es ist der äußerste Süden der Halbinsel, es sind die Täler und Abhänge des Taurischen Gebirges am Fuß des Schwarzen Meeres, ein Gebiet, das nur knapp ein Viertel des Flächeninhalts der Krim einnimmt. Diese Gegend beginnt südlich von Simferopol und erstreckt sich von Nordosten nach Südwesten. Sie hält die kalten Winde aus dem Norden von dem Küstenstrich fern und umschließt eine Landschaft von einer üppigen Pracht, die in den besten Gegenden der Welt zu finden ist. Die ansteigenden Hügel sind bedeckt mit den herrlichsten Bergwiesen; überall dazwischen liegen prächtige Gärten, reiche Felder, schattige Wälder, Olivenhaine und Weinberge. Die Landschaft ist reich an malerischen Ruinen, russische Klöster und tatarische Moscheen sind allenthalben über diesen wunderbaren Landstrich verstreut, der sich in der Krim als die schönste und ergiebigste Gegend heraushebt, wie sie nur in den wärmsten Mittelmeergebieten zu finden ist. Freilich ist der paradiesische Landstrich nur schmal; nicht mehr als neun Kilometer weit erstreckt er sich von der Küste an den Abhängen des Gebirges aufwärts; hier befinden sich denn auch die reichen Schätze des russischen Adels und der Jarenfamilie, die in Livadia ihren Lieblingsaufenthalt sah. Weiße Schiffe erheben sich hier zwischen Dünen von Lorbeerblümen, Hyazinthen und Feigenbäumen; in den prächtigen Blumenbeeten findet man die erlesensten Gewächse der Gartenbaukunst aus der subtropischen und der gemäßigten Zone. Auch das Taurische Gebirge selbst ist reich an mineralischen Schätzen; es liefert Kalkstein, Porphyre und verschiedenfarbigen Marmor. Im äußersten Osten der Halbinsel, bei Kerfa, hat man neuerdings auch außerordentlich reiche Lager von Eisenstein entdeckt und in Abbau genommen.

Die Krim rückt auf eine zweieinhalbtausendjährige Geschichte zurück. Im Altertum hieß sie die Taurische Chersones; ihre Ubevölkerung, die Taurier, sollen allerdings ursprünglich auch nicht hier anwässig gewesen sein, sondern aus dem Kaukasus stammen. Schon um das Jahr 600 v. Chr. trafen sie an der Küste blühende griechische Kolonien, wie Tauris in der griechischen Mythologie und der frühen hellenischen Geschichte ja überhaupt eine bedeutende Rolle gespielt hat. Zur Römerzeit bildete sich hier das Bosphorische Reich, das unter Mithridates, dem König von Pontus, seine größte Macht erlangte. Es wurde im Jahre 47 v. Chr. von den Römern unterworfen. Zur Zeit der Völkerwanderung kamen die Goten nach der Krim; im Jahre 640 wurde sie unter dem Kaiser Heraclios mit dem byzantinischen Reich vereinigt. Im Jahre 1297 eroberten die Tataren die taurische Halbinsel und gaben ihr wegen ihrer leichten Verteidigung durch Befestigung der samalen Landzunge den Namen Krim, was „Festung“ bedeutet. Später kamen die Venezianer und Genuesen, die, wie die Griechen, an der Südküste Städte und Burgen bauten. In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts wurden die Genuesen von den

Türken vertrieben, und die Krim wurde nunmehr ein tatarisches Chanat unter Oberherrschaft der Pforte. Im Jahre 1783 drangen die Russen, die schon seit Peter dem Großen ihr Auge auf die Krim geworfen hatten, zum ersten Male in die Halbinsel ein, die nunmehr in Abhängigkeit von Rußland kam, das 1783 die Halbinsel dem russischen Reich völlig einverleibte.

Die Motten kommen!

Die „Motten“, die der ungemein artenreichen Familie gleichen Namens angehören, sind gefährlichste Hausgenossen. Sie finden sich in unseren Häusern in einigen Arten vor, die mehrfach verwandelt werden, weil sie nicht nur in der Lebensweise, sondern zum größten Teil auch dem äußeren Ansehen nach, besonders im Raupenstadium, ziemlich übereinstimmen. Die kleinen, fleischfarbenen, sechszehnjährigen Raupen pflegen von den abgenagten Stüchchen ihrer Nahrungsmittel eine Nöhre um sich zu spinnen und sie wie die Schnecke ihr Haus, mit sich herumzutragen und verpuppen sich auch in ihr. Da sich nun eine von ihnen auf eine ganz bestimmte Stoff beschränkt, können die Nöhren ein und derselben Motte ein verschiedenes Aussehen haben. Die von den Raupen hergestellten Futterale sind hinten und vorne offen. Wenn das Tierchen nach Nahrung ausgeht, so streckt es aus der Vorderöffnung Kopf und Weime; drauß Gefahrt, so zieht es den Körper rasch in die Nöhre zurück. Durch die hintere Oeffnung wirft es seinen Kot aus. Anfangs ist das Futteral so klein, daß man es kaum erkennt; mit der Größenzunahme der Raupe vergrößert sie das Nöhren an beiden Enden. Sie streckt den Kopf heraus, ergreift ein Haar mit den Füßchen, reißt oder beißt es ab, biegt den Kopf zurück und befestigt es an das Ende des Futterals. Dieses wird eine Minute lang sehr schnell wiederholt. Dann lehrt sie sich um und streckt den Kopf so schnell zum anderen Ende heraus, daß man ihn für den Schwanz halten möchte. Dieses Ende wird nun auf gleiche Weise verlängert wie jenes. Das kann man sehen, wenn man durch Druck die Raupe zwingt, ein Ende zu verlassen, das man mit einer Schere abschneidet; dann treibt man sie hier heraus und schneidet auch das andere ab. Sie arbeitet dann so schnell und lehr sich so oft um, daß in 24 Stunden alles wieder erkerht ist. Hat sie alle Wolle abgeschabt, so weit sie reichen kann, so geht sie weiter und zieht das Futteral nach. Sind die Raupen halb erwachsen, so wird ihnen das Futteral zu enge, und man sollte daher glauben, daß sie es zerbrechen, um sich ein neues und bequemeres zu bereiten, — doch keineswegs. Legt man blaue Futterale aus rotem Tuch, so werden die folgenden Käpfe rot; tut man sie fodbann auf eine andere Farbe, so werden andere Mänder angelegt, so daß man nach Belieben diesen Futteralen die buntesten Farben geben kann. Dies ist auch das beste Verfahren, um zu sehen, wie die Raupen ihr Futteral erweitern. Sie spalten es nämlich zuerst an der einen Hälfte, und zwar so scharf, als wenn es mit einer Schere aufgeschritten wäre. Biegt es nun auf einer anderen Farbe, so sieht man sehr deutlich, wie sie den Schnitt mit den andersfarbigen Fasern ausfüllen. Der Anfang wird, wie man vermuten kann, in der Mitte gemacht. Dann wird das andere Ende gespalten und ausgeheftet. Trotz dieser sorgfältigen Vorkehrung zu seinem Schutze ist das Tier keines Lebens doch nicht sicher. Es gibt eine winzige Schuppenwespe, die den Mäuden nachstellt. Sie hat einen Vegetationsel, den sie durch das Futteral schiebt, bis er das Mäuden berührt, und legt dann ihre Eier an das Tier.

Die Schmetterlinge halten sich bei Tage verborgen, fliegen des Abends gern nach Licht und wissen sich augenblicklich unsichtbar zu machen, wenn man danach haßt. Die Weibchen können ihre Hinterleibspitze weit herausstrecken und sind dadurch in den Stand gesetzt, ihre Eier in die feinsten Spalten und Ritzen zu schieben, abgesehen davon, daß sie selbst bei ihrer Kleinheit durch die geringsten Eingänge in die verborgenen Winkel schlüpfen können.

In unseren Haushaltungen kommen vor: die weißschulterige Motte, die größte Art; 18 Millimeter spannen die flauhaaren, dunkel gefärbten Vorderflügel. Sie ist fast das ganze Jahr hindurch anzutreffen. Ihre Raupe lebt von Wehl, Meie, mehlschaligen Samen, getrockneten Früchten, auch von den Haaren der Wolle. Im Mai und Juni und zum zweiten Male im Oktober fliegt eine Art, die allgemein (aber irrtümlich) als Kleidermotte bezeichnet wird. Wenig größer als sie ist die eigentliche Kleidermotte, auch Haarschabe genannt. Das Wolhaar des Stoffes ist lehmig, die dachförmig getragenen Flügel sind etwas lichter als bei der vorigen Art, sehr glänzend und oft mit zwei dunklen Punkten übereinander vor und einem größeren Fleck hinter der Mitte gezeichnet. Die Flügellänge fällt in die Monate Juni und Juli. Die Raupe lebt von den Haaren präparierter Felle, Pelzwerk, Fasern der Wolle, den Haaren der Wolle, Federn u. a. Eine vierte Art ist die Federfliege, die im Mai und August fliegt und in der Lebensweise jener gleicht.

fleißiges Nachsehen, Lüften und Ausklopfen der von Motten bewohnten Gegenstände ist das einzige Mittel, sie zu beseitigen, und das Einschlagen von Bekleidungs- und Wollstoffen in leinene Tücher und Aufbewahren in Wäschebüchsen während des Sommers ist das beste Schutzmittel gegen die Motten. S. 4.

Friedliche Eroberungen im Wattenmeer.

Im Rarm des Krieges verläßt man leicht die Arbeit der friedlichen Eroberungen, die der Natur das abzurufen hat, was sie sich im Laufe der Zeit zu unserem Schaden anzueignen vermochte. Solche friedliche Eroberungen gelten vor allem dem Gebiete des Wattenmeeres an der Nordseeküste Schleswig-Holsteins. Das als Watt bezeichnete, vom Meer bespülte Land war vor mehreren tausend Jahren fruchtbares Marsch, Wiesen und Waldgelände. Wenn man von dem auf der Insel Föhr gelegenen Dorfe Goting aus zur Gbheit auf das Watt hinausgeht, so erblickt man diese erratische Wüste, die als Zeugen eines geübten diavolischen Landes zu betrachten sind. Diese Wüste gehören zu einem großen versunkenen Wald, zu dem schwarzen Waldsee Zool. Technische Zeugen einer versunkenen Zeit finden sich unter dem Damm von Ehl bei der Galtig Nordmark und unter der Galtig Nordstrand. All dies beweist die Ansicht, daß hier große Landmassen verloren gegangen sind, über deren Wiedereroberung Dr. Hugo Kahl in der Zeitschrift „Wiedersachsen“ spricht. Einen Einblick in diese Landverluste gewähren die von Prof. Dr. Wegemann im geographischen Institut der Universität Kiel angestellten Untersuchungen, die ergaben, daß seit Beginn des 13. Jahrhunderts die Veränderungen der Küste hauptsächlich in einer Verschiebung der Landmassen bestanden, daß aber vor dieser Zeit ein bedeutender Landverlust eingetreten war. Zur Wiedereroberung, deren Endziel die Gewinnung des Watis zwischen Dand, Nordstrand und dem Festlande ist, wurde seit dem Jahre 1806 ein großzügiges Programm in Angriff genommen. Es handelt sich vor allem um Dammbauten, die erstens eine sichere Verbindung mit dem Festlande schaffen, andererseits in ihrem Schutze eine rasche Aneicherung des Schilfbodens ermöglichen sollen. Ein Beispiel hierfür bietet die Hamburger Galtig, die infolge der Anstauungen mit dem Festlande verwachsen ist. Die Fortsetzung dieser Arbeiten soll das vor Jahrtausenden verlorene Land wieder dem Meer entreißen. So war für die Jahre 1914 und 15 der 12 Kilometer lange Bahndamm von Ridelstall nach Versunkliff an der Düppige von Ehl geplant, der gleich nach Friedensschluß in Angriff genommen werden soll. Alles in allem ist beabsichtigt, die Inseln und Galtigen untereinander und mit dem Festlande durch Dammbauten zu verbinden, um die zerstörende Wirkung der Fluten auszuhalten und möglichst günstige Bedingungen für die künftige vor sich gehende Wärsbildung zu schaffen. Das Endziel wäre die Wiedergewinnung des ganzen Wattengebietes von ungefähr 2025 Quadratkilometer Ausdehnung.

Notizen.

- Musikchronik. Das Bläser-Orchester veranstaltete am Sonntag im Bläser-Saal einen Wagner-Abend.
- Ein Haus der Künste wird im Berliner Westen geplant. Es soll Theater-, Konzert- und Kunstausstellungsräume umfassen. Als Architekten werden Kaufmann und W. Dreßler genannt. Man spricht auch von allerlei künstlerischen Reformplänen im Zusammenhang mit dieser Gründung.
- Der Geschichtsmaler Werner Schuch ist im 75. Lebensjahre in Berlin gestorben. Erst in reiferen Jahren ging er von der Architektur zur Malerei über. In den Jahren Anton Berners hat er zahlreiche große Geschichtsbildungen, besonders aus der Zeit Friedrichs II. und der Kriege gegen Napoleon I. und III. gemalt. In allen öffentlichen Sammlungen hängen sie. Aus der Nationalgalerie wurden neuerdings einige dieser großen Schlachtenbilder ins Zeughaus übergeführt, weil sie in der Tat mehr dem nationalen Raum als der Malerei dienen wollen. Der Verstorbenen war bei Hof sehr beliebt; wiederholt hat er in aller Uniformen-egalität den Kaiser gemalt. In der Nationalgalerie hängt dessen Reiterporträt (mit dem Gefolge von Waldersee, Kessel usw.).
- Kriegskosten vor hundert Jahren. Die Kriege gegen Napoleon kosteten England von 1801 bis 1814 633 634 014 Pfund Sterling, d. h. 13 bis 14 Milliarden Mark oder durchschnittlich im Jahre 45 259 015 Pfund Sterling, d. h. 900 Millionen Mark. Da die Einwohnerzahl Englands damals 10 bis 12 Millionen betrug, entfielen an Kriegskosten auf den Kopf jährlich 80 bis 90 M. Englands Staatsschuld nahm damals um mehr als 600 Millionen Pfund Sterling zu, von denen 50 bis 60 Millionen als Subsidien an Festlandstaaten gewährt worden waren. So entstand die größte Schuld, die bis dahin ein Staat zu tragen hatte.

Pioniere.

Roman aus dem Norden von Ernst Dibring. Die schwarze Wicwolke teilte sich in einen breiten Nig. Die Sonne erschien in der blutigen Wolkenspalte. Vielleicht hatte jemand mit einem Messer hineingehauen. Ganz in der Ferne sahen wir Kumona und seinen Sohn. Sie gingen von uns fort, auf das Böse zu, und die Wolkenspalte erweiterte sich vor ihnen. Sie gingen den Weg zurück, den wir gekommen waren. Da lehrten wir um und folgten ihnen. Aber die Reutiere blieben zurück. Sie rührten sich nicht. Die noch lebten, lagen in schwerem Schlaf. Das Hundegeräusch half auch nicht mehr. Auch kein Gauen und Schlagen. Wir ließen sie liegen. Zuerst waren wir im unklaren, wohin Kumona ginge. Aber dann begriffen wir. Er ging hierher, zum Dpferplatz. Hierher zu diesem grünen Stein. Wer versteht die Menschen? Ja nicht, du nicht. Niemand versteht die Menschen. Viele Wege hat das Gebirge. Viele Wege sind im Herzen des Menschen. Niemand hat Kumona und seinen Sohn verstanden. Wir gingen die Nacht hindurch. Nach vielen Stunden kamen wir hierher. Zuerst wagten wir nicht näherzugehen, denn wir fürchteten Kumona. Aber als wir die Flammen des Feuers hier vor dem Stein groß und rot zum Himmel schlagen sahen, gingen wir heran. Weißt du, was wir sahen? Wer versteht die Menschen. Ja nicht. Du nicht. Weißt du, was wir sahen? Der mächtige Kumona, er, der sich vor nichts fürchtete, sah angstvoll wie ein kleines Kind da und hielt den Sohn an der Hand. Wohe starzten in die Flammen. Was dachten sie? Niemand konnte ihre Gedanken lesen. Wenigstens kein Mensch. Wir standen stumm hinten am Berge und wagten uns nicht zu rühren. Das Feuer sprühte rein und hoch, in großen, roten Flammen. Sie befehten den Stein hier, auf dem du sitzt, und da hinten das Moor brannte hier und da. Mehrere Stunden lang standen wir stumm am Berge und schauten zu ihnen hinüber. Wir glaubten, sie hätten uns nicht gesehen.

Da erhob Kumona sich und winkte uns. Wir gingen zu ihm. Kumona sprach: „Das Böse wartet — das Böse soll sein Teil bekommen, aber nicht bevor der Tag da ist. Die Pest wird sterben und die Reutiere leben!“ Und dann nickte er bekräftigend mit dem Kopf. Wir setzten uns um das Feuer und warteten. Wie ist uns eine Nacht so lang erschienen, nie eine Nacht so dunkel, nie der Morgen so fern. Was sollte das Böse bekommen? Niemand sprach. Einmal sagte Kumona wie im Schlaf nach dem Messer im Gürtel, sonst sah er mit dem Sohne Hand in Hand. Aber der Sohn starrte ins Feuer. Dann kam endlich der Morgen, krank und grau, schleitmig, kalt und unheimlich. Kumona stand auf und wälzte einen neuen Baumstamm ins Feuer. Als der Stamm fiel und die Funken weit umher sprühten, sprang der Sohn auf, als wolle er fliehen. Wir sprangen auch auf, denn wer kennt das Herz der Menschen? Kumona begann zu sprechen. Was er sprach, verstand niemand, weiß niemand, außer dem Sohn vielleicht, und der kann nicht darüber reden. Es war irgendein alter Zauberpruch, den du nie gehört hast. Er sprach laut und mächtig. Der Berg hinter ihm sprach mit tiefer Stimme mit, und das Wasser dort unten um das Voot zitterte. Seine Stimme klang so mächtig wie der Fluß in der Frühlingstaut, und die schleimigen Morgennebel glitten angstvoll auseinander. Seine Stimme zitterte biswellen wie das ewige Eis, wenn es brist, wie wenn die Erde, wenn das Menschenherz zerbricht. Bisweilen sang eine Stimme, betete und sang, dann aber brach sie wieder mächtig, gewaltig aus seinem Munde hervor, daß die Steine am Berge sich lösten und herniederrollten. Seine Augen leuchteten und sein Blick ruhte auf dem Berge dort hinten, der aus den Morgennebeln hervorirrt. Der Sohn stand reglos da und sah Kumona an. Höher und höher schlugen die roten Feuersflammen, mächtiger und immer mächtiger wuchs Kumonas Stimme, mehr und immer mehr zitterte sie von den harten Schlägen des Menschenherzens. Und Kumona wuchs und wuchs. Wir hatten das Gefühl, er reichte bis an den Gipfel des Berges, reichte bis an die Wollen, reichte bis an den Himmel. Da ging der Sohn losse auf ihn zu, indem er behutsam den Brustflay von der jungen Brust löste. Wir wagten nicht hinzusehen. Wir wagten es nicht.

Jrgend etwas bligte in Kumonas Hand. Wir sanken nieder. Dies Gefühl mochte man haben, wenn man über das Eis des Wäsen am Karfavage schritt. Der Boden lütherte unter unseren Füßen, die Erde bebte, die Knie wankten, und unser Herz schlug so weh, so weh. Wir gruben die Hände in das sendete Moos, denn sie brannten wie Feuer. Wir wollten schreien, aber wir konnten nicht. Und die ganze Zeit über hörten wir die Stimme, die mächtige Stimme, die aus der Wolke sprach. Dann wurde es still. Wir bläkten auf. Weißt du, was wir sahen? Kumona lag auf den Knien neben dem Sohn. Er hielt seinen Kopf zwischen den Händen. Kumonas Lippen bewegten sich zu unhörbaren Worten, und sein eisgrauer Bart floß über die Brust des Sohnes. Wir glaubten zuerst, der Sohn schlief, aber dann sahen wir, daß etwas Rotes zwischen dem eisgrauen Bart hindurch ins Moos hinunter, in den Furch hinein floß. Du verstanden wir. Kumona hatte ihn gerade ins Herz gestochen. Wir taumelten empor und stürmten den Berge zu. Erst als wir hoch oben waren, wagten wir uns umzusehen. Kumona lag noch immer auf den Knien neben dem Sohn. Lange lag er da. Schließlich sahen wir, wie er sich mühsam erhob. Wieder wälzte er ganze Baumstämme ins Feuer. Als die Flammen himmelhoch schlugen und die ganze Erde dort unten zu brennen schien, beugte er sich nieder, nahm den Sohn in die Arme und befestete ihn in die Flammen hinein. Die Flammen brüllten und loderten zu uns empor. Dann setzte die Stimme dort unten wieder ein, groß, mächtig, bebend, wie wenn das Menschenherz bricht. Da wagten wir nicht länger zu verteilen. Zwei Tage darauf kam Kumona zu uns, während wir bei den Reutieren saßen. Die kleineren Wolke war zurückgekommen. Kumona stand vor uns. Sein Gesicht war ruhig, als er den Berg heraufstieg. Wir sagten nichts, denn wir hatten aufgehört zu sprechen. Kumona kam auf uns zu und sagte: „Die Pest ist tot. Die Pest hat Kumonas Sohn bekommen. Sie ist befriedigt.“ Als wir nicht antworteten, sah er uns fragend an. Wir zeigten auf die Reutiere, die rings um uns lagen und die, als er sie zuletzt gesehen, geschlafen hatten. (Fortf. folgt.)



# Steuerdebatte im Reichstag.

152. Sitzung. Mittwoch, 24. April 1918, nachmittags 1 Uhr.

Vom Bundesratspräsidenten: Graf v. Helldorf.

Vizepräsident Dr. Paasche eröffnet die Sitzung mit einem warmen Nachruf auf den verstorbenen Abgeordneten v. Richthofen und gedenkt auch des Todes des bulgarischen Gesandten Rizow.

Darauf wird die erste Beratung der

## Steuervorlagen

fortgesetzt.

Abg. Walzstein (Rp.)

befreitet gegenüber dem Abg. Grafen Solodowitsch, daß der Reichstag oberflächlich arbeite. Es ist patriotische Pflicht des Reichstags, wegen der Dringlichkeit des Bedarfs rasche Arbeit zu leisten. Redner kritisiert weiter die einseitige Belastung von Verbrauchs- und Verbrauchssteuer. Der Vorschlag muß endlich auch vom Reich nach seiner wirklichen Leistungsfähigkeit herangezogen werden. Einzelne sogenannte Luxuswaren zu besteuern, ist zu teuer, man muß

die luxuriöse Lebensführung besteuern.

Das ist nur möglich durch direkte Steuern. (Sehr richtig!) Auf jeden Fall müßte bei Juwelen, Perlen usw. eine Nachbesteuerung eingeführt werden, damit nicht inzwischen große Mengen solcher Luxuswaren steuerfrei aufgefauft werden. Der Gedanke, die Auswanderung zum Zweck der Steuerflucht zu verhindern, beantragt die Handelsämter, denn die Bestimmungen, die Besteuerung soll nicht bloß greifen, wenn die Auswanderung im Interesse des Reiches geschieht, ist überaus bedenklich. Es wird mit sein, die Bestimmung durch eine Klarere zu ersetzen. (Beifall bei der Volkspartei.)

Abg. Dr. Paasche (natl.):

Ebenso wie der Abg. Reil erklärte auch ich, wir denken nicht daran, den Krieg fortzuführen wegen einer Kriegsschädigung, aber ebenso entschieden lehnen wir es ab, dem Gegner gegenüber, der im Falle seines Sieges uns bis auf den Hals auszuheulen zu wollen erklärt hat, in jedem Fall auf eine Kriegsschädigung zu verzichten. Wir kämpfen nicht um eine Kriegsschädigung, sondern um die Existenz des Deutschen Reiches und Volkes, können wir dabei eine ordentliche Kriegsschädigung erhalten, so wird das für unsere Volkswirtschaft sehr gut sein. (Zwischenzeitliche Zustimmung bei den Nationalliberalen und der Volkspartei.) Eine Finanzreform hat bei uns immer neue Steuern bedeutet. Das ist auch diesmal der Fall. Eine wirkliche Reform, die unser ganzes Steuerwesen reformiert und eine Auseinandersetzung zwischen Reich und Einzelstaaten bringen muß, müssen wir noch durchführen. Bei einer solchen Reform werden wir an den Verbrauchssteuern nicht vorbeigehen können; Erbschafts-, Einkommen- und Vermögenssteuer müssen dann in das Gerüst der Besteuerung hineinkommen. Das Dogma, die direkten Steuern der Einzelstaaten, erkennen wir nicht an. Der Wehrbeitrag war ja auch bereits eine Reichsvermögenssteuer, und wenn man sagt, sie ist nur einmal und zugleich zum letzten Male erhoben worden — nun ich glaube nicht daran. Wenn alle Finanzminister der Einzelstaaten dem Reich direkte Steuern nicht zugestehen wollen, um die Milliarden auszubringen, die notwendig sind, um dem Volk die Lasten eines besiegten Volkes zu erparen, so müßte man verlangen, daß die Einzelstaaten ihren Anteil in der Form der Militärbeiträge tragen. Ich glaube nicht, daß die Einzelstaaten dabei besser fahren würden. (Sehr richtig: links.) Wir müssen im ganzen Reich

eine einheitliche Art der Besteuerung

haben und dazu gehört auch eine einheitliche Art der Veranlagung. (Sehr richtig: links.) Wir sind damit einverstanden, daß eine Kriegsgewinnsteuer in den gegenwärtigen Komplex hineingearbeitet werden soll, eine Personalsteuergewinnsteuer muß mit den vorliegenden Steuern zugleich beraten und verabschiedet werden. Aber sie trifft nicht alle Besteuerten, und einen eventuellen Antrag, eine allgemeine Besteuerung in Form eines Wehrbeitrages als Ausgleich für die indirekten Steuern mit einzuführen, werden meine Freunde sehr wohlwollend prüfen.

Nun zu den einzelnen Steuern. Die Umsatzsteuer hat das einzige Gute, daß sie bequem zu erheben ist. Ich glaube, sie wird sich in der vorgeschlagenen Höhe von 5 pro Mille im allgemeinen ertragen lassen. An sie eine Luxussteuer anzuhängen, ist eine unglückliche Idee; denn der wirkliche Luxus würde dadurch wenig getroffen werden. — Als der Redner weiter auf die Vermögenssteuer einging, weist Vizepräsident Paasche ihn unter großer Heiterkeit des Hauses darauf hin, daß gestern Präsident Dr. Paasche den Grafen Solodowitsch an der Erörterung der zunächst von der Debatte ausgesonderten Getränkesteuern verhindert habe.

Abg. Dietrich (f.):

Der Staatssekretär hat mit Recht betont, daß der Besch im Laufe des Krieges bereits mit 9 Milliarden belastet worden sei, der Verbrauch nur mit 4 Milliarden. Das scheint Herr Reil nicht gehört zu haben. Der Vorwurf des Abg. Reil, daß die Steuererhöhung in Preußen schlechter sei als in Württemberg ist nicht hinreichend. Die Besteuerten tragen auch durch die hohen kommunalen Steuern zu den Kriegskosten wesentlich bei. Die Selbstständigkeit der Einzelstaaten ist durch die Verfassung geschützt. Ihre kulturellen, wirtschaftlichen, sozialen Aufgaben können sie nur erfüllen, wenn ihnen die Veranlagung und Erhebung der direkten Steuern überlassen bleibt. Unser erster Grundsatz bleibt: Einkommen- und Vermögenssteuer dürfen den Einzelstaaten nicht genommen werden. (Zuruf: Es will sie ihnen niemand nehmen!) Eine Besteuerung der Kriegsgewinne der Einzelstaaten halten wir für dringend geboten. Eine Vermögenssteuer von 70 Proz. halte ich für ganz phantastisch. (Widerspruch links.) Wollen Sie wirklich in dieser schweren Zeit an eine solche Steuer denken, lediglich zu dem unproduktiven Zweck der Begleichung von Schulden? (Große Heiterkeit: links.)

Abg. Bernstein (U. Soz.):

Wird der Frieden nicht bald geschlossen, so wachsen die Kriegsschulden in die Hunderte von Millionen und die Lasten für ihre Vergütung müssen für die Bevölkerung ein Wiedererkennen der Volkswirtschaft unmöglich machen. Bei dieser traurigen Finanzlage des Reiches ist die Steuervorlage das Gegenteil einer Reform. Meine Partei hält unverrückbar fest an dem Steuerprogramm der Sozialdemokratie, wir verlangen Deckung aller öffentlichen Ausgaben durch Einkommensteuer und Steuern auf den Vermögenszuwachs und lehnen alle indirekten Steuern ab. Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren lehnen wir grundsätzlich ab, es sind Steuern auf den geistigen Verkehr. Die Stempelsteuern sind ein Heberlei des alten absolutistischen Staates, der sie geradezu zur Erpressung bei allen möglichen Gelegenheiten benutzte. Der liberale Kapitalismus hat sie abgebaut, der imperialistische Imperialismus hat sie wieder auf. Wir widersprechen uns nicht der Steuer auf die Gewinne der Kriegsgesellschaften; allerdings ist sie ganz ungewinnbringend abgebaut und trifft die Kriegsgewinne so gut wie gar nicht. Nebenbei bedenklich ist die Erhöhung und Ausdehnung der Umsatzsteuer, um so bedenklicher, als die Steuern nicht ja geradezu für die Kriegzeit, wenigstens für die absehbare Zukunft bis lange in die Friedenszeit hinein machen. Dieser Versteuerung der Waren können wir nicht zustimmen. Die Luxussteuer ist anders zu beurteilen; denn in Luxusgegenständen legen vielfach Kriegsgewinnler ihren schändlichen Haub an. Die Steuer auf die Kriegsgewinne der Gesellschaften prüft und nicht. Sie ist viel zu gering und kommt viel zu spät. Ebenso ist nicht zu verstehen, daß die Steuer die

Gewinne der Einzelpersonen vollkommen frei lassen

will. Die Kriegsgewinnsteuer müßte auch rückwirkende Kraft haben. Die allgemeine Lösung der großen Steuerprobleme auf die lange Hand zu schieben, halten wir für ganz verfehlt. Man hofft auf eine Kriegsschädigung. Die das tun, teilen das

des Wären, ehe sie es haben. Jedenfalls treibt diese Förderung der Kriegsschädigungen den Kriegswillen der Gegner bis zum äußersten, ebenso wie die Lebensarten von dem „aufgezwungenen“ Krieg. Auch die Art, wie der Friedenswille der Volkswirtschaft ausgeübt wird, hat in den feindlichen Ländern jede Friedensagitation unmöglich gemacht. (Vizepräsident Paasche ruft den Redner zur Sache.) Wir verlangen weniger, aber durchgreifende Steuern. Nicht der Prozeß der Wirtschaft, sondern der Ertrag muß besteuert werden. (Bravo! b. d. Unabh. Soz.)

Damit schließt die Debatte. Die Besprechung der übrigen Steuern wird auf Donnerstag 1 Uhr vertagt.

Herr Abg. Mayer-Kaufmann erucht uns, den gestrigen Parlamentsbericht dahin richtig zu stellen, daß er sich nicht für den sofortigen Ausbau der Erbschaftsteuer ausgesprochen habe.

## Abgeordnetenhaus.

### Schützler und Annexionisten.

Wer noch daran zweifelt, daß die Leute, die durch ihre maßlosen annexionistischen Forderungen identisch sind mit denen, die nach dem Kriege durch noch höhere Schutzgebühren, als wir sie vorher gehabt haben, dem Volke die notwendigen Nahrungsmittel verteuern wollen, der wird durch die Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung im preussischen Dreiklassenparlament eines andern belehrt sein. Ein konservativer Antrag fordert die Neuorganisation des Kriegsfürsorge- und Rentenwesens, aber die Mittel hierfür wollen die Herren Agrarier nicht selbst aufbringen, — das Zahlen überlassen sie ja von jeder anderen, — sie sollen aufgebracht werden durch eine unseren Feinden auszurende Kriegsschädigung, und das hierfür notwendige Siedlungsland soll durch den Erwerb von ausreichenden Siedlungslandereien auch in den östlichen Staatsstaaten erworben werden. Mit dem Grundgedanken des Antrages, soweit er die Regelung des Kriegsfürsorge- und Rentenwesens betrifft, erklärten sich natürlich auch die Sozialdemokraten, in deren Namen Genosse Braun das Wort ergriff, einverstanden, doch beantragten sie die Ausbringung der Mittel mit Hilfe einer von den Erzeugern und Bearbeitern von Lebensmitteln wie von Lebensmittelhändlern zu erhebenden Kriegsschuldabgabe und die Bereitstellung des Landes durch Aufteilung von Domänen, Enteignung größerer Güter zwecks Aufteilung und Subsidiierung von Moor- und Dehland. Die Rede Brauns beschränkte sich selbstverständlich nicht auf die Kritik des konservativen und die Begründung des sozialdemokratischen Antrages, sondern sie gestaltete sich zugleich zu einer gründlichen Abrechnung mit den Schützler. Die billigen Lebensarten, mit denen sich der freikonservative Abg. v. Woyne über die Argumente Brauns hinwegzusetzen versuchte, bewiesen am besten, wie berechtigt seine Kritik gewesen ist. Die Debatte wird am Donnerstag fortgesetzt.

Gen. Braun führte folgendes aus: Was hat der konservativ-Antrag betreffend Kriegsschädigung zur Sicherung der Kriegsschädigten zur Sache zu tun? Die Fürsorge für die Kriegsschädigten ist auf alle Fälle eine Ehrenpflicht des Reiches. Warum fordern Sie erobertes Siedlungsland für die Kriegsteilnehmer; warum reden Sie nicht davon, sie im Ausland anzukurbeln? Aus Ausland und Frankreich ist keine Kriegsschädigung mehr herauszuholen, diese Länder sind ruiniert. Wie aber wollen Sie England und Amerika zur Zahlung von Kriegsschädigungen zwingen? Wenn es aber so liegt, dann ist es eine Täuschung, die Kriegsschädigten darauf zu verlassen. Das deutsche Volk will den Krieg mit der erreichten Sicherheit unseres Landes beendet sehen, aber nicht den Krieg fortsetzen um einer fraglichen Kriegsschädigung willen. Freilich unter dem Druck der Militärkassette kann diese Volkswirtschaft nicht so zum Ausdruck kommen wie die alldeutschen Eroberungspläne. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dem gegenüber beantragten wir,

die Anstellung von Kriegsschädigten im Inlande

zu sichern. — Die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung wird auch nach dem Kriege von größter Bedeutung sein. (Hört! hört! rechts.) Das haben wir immer gesagt. Aber es ist eingetroffen, daß erhöhte Preise, die die Vorräte strecken, weil nur die Bestehenden noch genug kaufen können, aber die Produktion ist durch die Anreizpreise ebenso wenig erhöht worden wie durch die Schutzpolitik. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist ja auch von empfindlichen Anhängern der Lebensmittelpolitik ausdrücklich erklärt worden, daß diese Höhe nur zur Dämpfung der Preise bestimmt sind. Nach dem Kriege dürfen wir im Interesse des gesamten konsumierenden Volkes diese Höhe nicht wieder eingeführt werden, ebenso wenig aber auch die schändlichen Fleischverbotsworte. Erziehungszölle zum Schutz einer schwachen Erzeugung mögen mandant berechtigt erscheinen, aber wenn sie erst einmal eingeführt sind, wird man sie nicht mehr los und sie werden bald Verankerungszölle. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dafür, daß der hohe Stand unserer Landwirtschaft nur durch Fortbestand der Schutzzölle erhalten oder die Produktion nur unter ihnen weiter entwickelt werden könnte, liegt gar kein Beweis vor, noch aber zählweise Gegenbeispiele. Nur die Preise und die Grundrente sind durch die Schutzzölle gesteigert worden.

Die ländliche Arbeiterfrage wird in Zukunft von entscheidender Bedeutung sein. Mit dem früheren Massenzug russisch-polnischer Arbeiter werden wir vielleicht nicht mehr zu rechnen haben. Um der Landwirtschaft genügend viele und leistungsfähige deutsche Arbeiter zu sichern, werden die Gutsherren in den Arbeiter gleich- und völberechtigten Menschen leben und sie danach behandeln müssen. Durch Aufhebung der Freizügigkeit der Landarbeiter zieht man auch nicht eine berufsfreudige Arbeiterkraft heran, solche Verfügungen wie die des kommandierenden Generals in Stettin können den Geist der Obrigkeit. Dem Landarbeiter muß das

Gefühl der Würde und Rechtslosigkeit

genommen werden. Das Streikverbot und Streikverbot für die Landarbeiter muß aufgehoben, sie müssen den gewerblichen Arbeitern rechtlich und im Arbeiterrecht gleichgestellt, es müssen Schlichtungsstellen und obligatorischer Fortbildungsschulunterricht mit besonderer Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Betriebslehre eingeführt, die materiellen und Wohnverhältnisse der Landarbeiter gründlich verbessert, die ländliche Volkshygiene erweitert werden. Nur so kann dem verhängnisvollen Zug vom Lande in die Stadt vorgebeugt, die Landwirtschaft vor schwerer Schädigung bewahrt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Schutzzölle haben die Völker entzweit und würden in Zukunft die Gegensätze noch mehr verstärken. Die Völker aber wollen dann in Frieden und Freundschaft miteinander leben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

## Fragen der Kriegsführung vor dem Haupt-

### ausschuß.

Zu Beginn der Sitzung am Mittwoch widmete Kriegsminister v. Stein dem verstorbenen Rittmeister v. Richthofen einen Nachruf. Dann legte er das gegenwärtige Veranhalten ein, daß er dem Ausschuss gegenüber mit Mittellungen zurückhaltend sei. Er könne aber nicht Dinge mitteilen, die Geheimnis der Obersten Dienstleitung wären. Die Zahl der im Westen befindlichen Amerikaner sei nicht bekannt, ihre Zahl könne aber auf keinen Fall von

bedeutung sein. Der Kriegsminister weist daran eine Reihe vertraulicher Mitteilungen. — General v. Erisberg bespricht dann gleichfalls vertraulich die Zahl der deutschen Verluste. Ueber die Stärke der deutschen Truppen in Finnland könnte eine Auskunft nicht erteilt werden. Das Ziel sei die Zurückdrängung der von Rußland unterstützten Roten Garde. — Ein Vertreter des Kriegsministeriums hielt einen längeren Vortrag über die Artillerie; auch diese Darlegungen waren vertraulich. — Generalarzt Schulgen besprach dann den Gesundheitszustand der Armee, der aus gut zu bezeichnen sei. Die Krankenziffer sei durchaus günstig. Allerdings liegen die Verhältnisse auf den einzelnen Kriegsschauplätzen verschieden. Eine Folge unserer hygienischen Maßnahmen sei es, daß die Zahl der Kranken gegen die erste Zeit des Krieges

um ein Drittel abgenommen

habe. Insbesondere seien Krankheiten der Atmungsorgane, der Verdauungsorgane, des Nervensystems und Geschlechtsleiden zurückgegangen. Dagegen ist die Zahl der Nierenerkrankungen gestiegen. Die Zahl der Geschlechtskrankheiten liegt im Felde unter, in der Heimat etwas über dem Durchschnitt des Friedensstandes. Ansteckende Krankheiten machten in den ersten drei Kriegsjahren nur 8,8 Proz. aller Fälle aus. Im Südosten machen uns Ruhr und Malaria viel zu schaffen. In Fleckfieber sind gestorben 1915: 80, 1916: 310 und 1917: 600 Mann. Die Zahl der Erkrankungen an Tuberkulose ist in der Öffentlichkeit erheblich übertrieben worden. Die Wasserkrankheiten sind im allgemeinen nicht von dauernd nachteiligen Folgen begleitet, wenn sich auch die Heilung mitunter lange hinauszögert. Von den in den Lazaretten behandelten Mannschaften sind 60 Proz. als diensttauglich, davon 70 Proz. als selbstdiensttauglich entlassen worden. Die Todesfälle in den Lazaretten betragen 1 bis 1,2 Proz. Bis jetzt wurden

629 000 Mann als dauernd untauglich entlassen.

Davon sind 70 000 verkränkt. Blinde sind 1050 Mann vorhanden. Die Zahl der Selbstmorde hat gegen die Friedenszeit erheblich abgenommen.

Es folgten dann eine Reihe Ausführungen von Vertretern des Kriegsministeriums, die durchweg vertraulich waren. — Abg. Dr. Gohn kritisierte die Darstellungen über den Gesundheitszustand in der Armee. Für die Geschlechtskranken und Tuberkulösen hätten bestimmte Zahlen angegeben werden müssen. Redner übt dann Kritik an den Vorgängen in Finnland und in der Ukraine. Schließlich fordert er die Entlassung der russischen Gefangenen. — Abg. Erzberger betont, daß man im Kriegsministerium der Technik leider nicht von Anfang an die ihr gebührende Bedeutung beigegeben habe. Ueber die Vorgänge im Osten müsse Klarheit geschaffen werden, um so mehr, als die Militärverwaltung nicht gestatte, daß Reichstagsabgeordnete nach diesen Gebieten reisen, um dort die Verhältnisse kennen zu lernen.

Die Beratungen werden am Donnerstag fortgesetzt.

## Noch harmloser!

Darf ein Diplomat ein Ballett ansehen?

Wir hatten in unserer gestrigen Nummer den Inhalt der alldeutschen Klatschereien gegen Herrn v. Kühlmann, soweit er uns bekannt war, wiedergegeben. In unserer Darstellung bemerkt das „V. L.“:

Es ist möglich, daß die Dinge sogar noch harmloser sind, als man aus diesen Zeilen des „Vorwärts“ entnehmen könnte. Wenn es zu der öffentlichen Verhandlung kommen wird, werden Deutschland und die Welt beispielsweise vernehmen, daß Herr v. Kühlmann, Graf Czernin und ihre Begleiter einer Operettenaufführung beigewohnt und nach der Vorstellung einer Sängerin freundliche Worte gesagt haben, die durch ein Lied des Theaterpublikum zu einer Ovation für die Diplomatenloge begeistert hatte. Man wird weiter vernehmen, daß der Staatssekretär mit seinen Begleitern den Vorstellungen einer deutschen Balletttruppe, die mit besonderer Empfehlung nach Kurland gegangen war, beigewohnt und sich nach Beendigung eines Festmahles zu Ehren dieser Truppe, in den Restaurationsaal begeben und dort mit den Ballettmittgliedern geplaudert hat, und man wird auch vernehmen, was die Gegenseite aus diesen und ähnlichen hochwichtigen Ereignissen gemacht hat, und was daran Wahres ist.

Mit Recht bemerkt das „V. L.“, daß diese „nationale“ Sittenrichter jedem anständigen Menschen etelhaft sein muß.

Die „Deutsche Zeitung“ selber schreibt zu dem gegen sie eingeleiteten Strafverfahren:

Wir können nur sagen, daß wir dem Ausgang des Rechtsverfahrens mit größter Gelassenheit, seinen Wirkungen für die Politik aber mit Genugtuung entgegensehen. Unsere Freunde und wir nicht gesprochen hätten, wie wir gesprochen haben, wenn uns die Not der Stunde nicht dazu gedrängt hätte.

Die Wirkungen auf die Politik, die sich ergeben werden, wenn in öffentlicher Gerichtsverhandlung über Herrn v. Kühlmanns Ballettbesuche mit verhandelt wird, sind leicht vorauszu sehen. Daß die „Deutsche Zeitung“ ihnen „mit Genugtuung entgegensteht“, kennzeichnet den Charakter des Blattes.

Arbeitsgemeinschaft des Tabakgewerbes. Die Verbände der Zigarettenfabrikanten, Raucherfabrikanten, Tabak- und Zigarettenhändler und der Handwerksverband im Tabakgewerbe gründeten gestern eine Arbeitsgemeinschaft des Tabakgewerbes. Zum Präsidenten wurde Herr v. Born gewählt, zu dessen Stellvertreter v. Bornburger-Berlin.

Ein wirklich tüchtiger Abgeordneter. Im Reichsausschuß für Bevölkerungspolitik konnte der Vorkämpfer Abgeordneter v. Calker dem Ausschussmitglied Blum unter allgemeiner freudiger Anteilnahme zu einem freudigen Familienereignis gratulieren, Herr Blum ist nämlich mit der Geburt eines geliebten Sohnes glücklich beglückt worden. — Endlich einmal ein Abgeordneter, der nicht nur Worte, sondern Taten für das nollebende Vaterland hat und wirklich wert ist, im Ausschuss für Bevölkerungspolitik zu sitzen.

Herr v. Calker schloß seinen Glückwunsch mit den Worten: „In dieser praktischen Bevölkerungspolitik könne man nur sagen: Vivat sequens! (Es lebe der Folgende!) was beiteren Beifall auslöste.

Unter dem Druck der Verhältnisse. Im Preussischen Abgeordnetenhaus haben die Konservativen einen Antrag eingebracht, der eine Neuorganisation des Landarbeiterrechts in einer den heutigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen entsprechenden Weise sowie eine Vertretung des landwirtschaftlichen Arbeiterstandes in den Landwirtschaftskammern verlangt. — Wenn die Konservativen, denen die Rechtslosigkeit des Landarbeiters und die hundertjährige Gesinnungsbildung bisher ein Wächter der Minderheiten waren, dergleichen verlangen, so ist das ein Zeichen, daß die zunehmende Landarbeiterflucht auch diesen Herren keinen anderen Ausweg mehr erscheinen läßt. Hierzu trägt wohl namentlich der Umstand bei, daß auf polnische und russische Wanderarbeiter nicht mehr in dem Maße wie früher zu rechnen ist.

## Letzte Nachrichten.

Proteststreik in Irland gegen die Wehrpflicht.

Rotterdam, 24. April. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: In ganz Irland, mit Ausnahme der Ulster-Grasshalden, ruhte gestern als Protest gegen die Dienstpflicht die Arbeit. Es gingen keine Bäte, alle Läden waren geschlossen. Es gab kein Gas, keine Elektrizität und keine Zeitungen. Überall wurden Versammlungen gegen die Dienstpflicht abgehalten.

# Gewerkschaftsbewegung

## Massenkündigung der Angestellten bei Ludwig Loewe & Co!

Die Angestellten der Firma Ludw. Loewe u. Co. beschäftigten sich in zwei zahlreich besuchten Versammlungen mit der Frage, welche weiteren Maßnahmen sie in ihrer Bewegungsbewegung ergreifen wollten. Wie wir berichtet, hat der Schlichtungsausschuss, nachdem alle Einigungsversuche mit der Firma ergebnislos verlaufen waren, einen Schlichtungsausschuss gefällig, worin er die Forderungen der Angestellten für berechtigt erklärt. Er hat daher den Angestellten den Abbleichen zugesprochen. In der eingehenden Aussprache in den Versammlungen kam zum Ausdruck, daß die Angestellten zwar die Forderung des Abbleichens, d. h. die Massenkündigung, nur als das äußerste Kampfmittel betrachten, daß sie aber auch vor der Anwendung dieses Kampfmittels nicht zurückschrecken würden, wenn die Firma nicht noch im letzten Augenblick einlenkte. Die Versuche der Direktion, die Angestellten als ausgehegt hinzustellen, wurden mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Auf Wunsch der Angestellten haben die Angestelltenorganisationen die Angelegenheit der Kriegsstelle in den Marken unterbreitet und diese ersucht, auf die Firma Loewe im Sinne einer Verständigung mit den Angestellten einzuwirken. Am Schluß der Aussprache in der letzten Versammlung am Dienstag, den 23. d. M., wurde fast einstimmig folgende Entschlieung angenommen:

„Die am 23. April 1918 versammelten Angestellten der Firma Ludwig Loewe u. Co. erklären, daß sie, gestützt auf den Schlichtungsausschuss, mit aller Kraft für die Durchsetzung ihrer Forderungen einzutreten gewillt sind. Die Versammlung fordert die Angestellten auf, alle Einkücherungs- und Spaltungsversuche der Direktion und ihrer Beauftragten entschieden zurückzuweisen und sich geschlossen auch weiterhin hinter den Angestelltenausschuss und die Angestelltenorganisationen zu stellen.“

Sollten die mit der Kriegsamtstelle in den Marken eingeleiteten Verhandlungen nicht dazu führen, daß die Firma die vom Schlichtungsausschuss für berechtigt erklärten Wünsche der Angestellten befriedigt, so sind die Angestellten entschlossen, von dem ihnen zugesprochenen Recht des Abbleichens Gebrauch zu machen. Die Verantwortung für den daraus der Kriegswirtschaft entstehenden Schaden fällt allein auf die Direktion.“

Das Verhalten der Firma Löwe ist um so verwerflicher, als sie zu denjenigen 19 Industriefirmen gehört, die durch das bekannte Geheimabkommen den Stellenwechsel der Angestellten zum Zwecke der Gehaltsaufbesserung zu verhindern bestrebt sind. Die Angestellten fordern daher, daß die zuständigen Behörden und der Reichstag ungezügelt geeignete Maßnahmen treffen, um die gesetzlich gewährleistete Freiheit der Angestellten sicherzustellen, da sonst der Abbleich für die Angestellten wertlos ist.“

Wie wir bereits in unserer Sonntagnummer mitteilten, hat die Firma Löwe außerordentlich große Verdienste aus der Kriegswirt-

schaft gezogen. Für das letzte Jahr verteilte sie wieder, wie schon in den Vorjahren 32 Proz. Dividende. Dabei hat sie offene Reserven, die fast ebenso hoch sind wie das Aktienkapital und ganz bedeutende stille Reserven. Trotzdem diese Gewinne mit Hilfe der jetzigen Angestellten und Arbeiter erzielt worden sind, hat der Vertreter der Firma den Rat befohlen, in der Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss die Forderungen der Angestellten damit abzulehnen, daß er erklärte, es seien zurzeit nicht die besten Angestellten da. Gelegentlich des letzten Streiks sind zahlreiche Verteilungen wegen Landesverrats erfolgt mit der Begründung, daß durch die Arbeitsniederlegung die Kriegsproduktion lahmgelegt worden sei. In vorliegendem Falle provoziert die Firma durch ihr Verhalten gegenüber den Angestellten geradezu die Zulassung des Vortrags. Es kann als ausgeschlossen betrachtet werden, daß die Firma Löwe ausreichenden Ersatz für die ausscheidenden Angestellten schaffen kann.

### Die Urlaubsverhältnisse bei Orenstein u. Koppel.

Zwischen den Angestellten und der Firma Orenstein u. Koppel bestehen zurzeit Differenzen, die ihren Grund in der Stellung der Firma zur Urlaubsfrage haben. Bereits im vorigen Jahre gab es zwischen der Firma und dem Ausschuss verschiedener Werte Differenzen, die schließlich ihren Abschluß darin fanden, daß die Angestellten sich mit einem Urlaub von drei Arbeitstagen nach länger als zweijähriger Dienstzeit und sechs Arbeitstagen nach länger als fünfjähriger Dienstzeit abfinden. In diesem Jahre wandten sich die Angestelltenausschüsse wiederum an die verschiedenen Direktionen wegen Gewährung eines entsprechenden Urlaubs. Darauf lief ein Schreiben des Herrn Orenstein ein, worin die Firma erklärt, während des Krieges wegen Mangel an Personal auf der einen Seite und der großen Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Firma auf der anderen Seite einen Urlaub nicht bewilligen zu können. Statt dessen wird in Aussicht gestellt, daß an allen Sonnabenden in der Zeit vom 15. Mai bis 31. August d. J. nur von 8 Uhr morgens bis 1 Uhr mittags gearbeitet zu werden braucht. Dagegen müsse sich die Firma gegen die minder pflichttreuen Beamten wenden, die durch Pflichterfüllung für Jahr nach extra Urlaub zu erreichen suchen. In diesem Jahr würde ein Urlaub auf Pflichterfüllung nur mit seiner, des Herrn Orenstein, persönlicher Genehmigung erfolgen dürfen.

Da die Ausschüsse diese Antwort nicht befriedigte, traten sie in neue Verhandlungen ein. Jetzt stellte die Firma Orenstein u. Koppel die Angestellten vor die Alternative, sich entweder für einen das ganze Jahr geltenden Sonnabend-Frühurlaub oder für Urlaub zu entscheiden. Letzterer soll für alle Angestellten, die am 1. April 1918 länger als ein Jahr bei der Firma waren, 8 Tage, für solche, die länger als zwei Jahre dort waren, 6 und für solche, die länger als fünf Jahre dort waren, 4 Tage betragen. Wahrscheinlich, um die Angestellten für den Sonnabend-Frühurlaub zu gewinnen, fügte Herr Orenstein seinem Angebot hinzu, daß, falls sich die Angestellten für Urlaub entscheiden sollten, dann die Regulierung der Gehälter nicht in der früher zugelagten Weise geschehen würde, sondern es würden längere Pausen zwischen den einzelnen Gehaltszulagen gemacht werden.

Die Angestellten der beiden Fabriken der Firma in Rowatos und in Spandau haben hierauf das Angebot der Firma entrübt zurückgewiesen, so daß der nach dem Hilfsdienstgesetz eingesetzte Schlichtungsausschuss in den nächsten Tagen sich mit der Firma Orenstein u. Koppel in dieser Frage auseinandersetzen muß.

# Kleinhandwerk — Großbetrieb — Genossenschaft.

Gestern tagte in Berlin der Zentralverbandstag des Vöckerinnungsverbandes „Germania“. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die Lage des Vöckerinnungsverbandes während des Krieges. Allgemein wurde darüber geklagt, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der Kleinbetriebe durch den Krieg sehr zurückgegangen sind, während sich die Großbetriebe ausgedehnt haben. Es wurde gefordert, daß rechtzeitig Maßnahmen zum Schutz des Mittelstandes getroffen werden. Es sollte kein neuer Vöckerinnungsverband gegründet werden dürfen, ehe nicht der letzte infolge des Krieges stillgelegte Betrieb wieder in Gang gesetzt ist. Die übermäßige Ausdehnung der kapitalistischen Großbetriebe müsse durch geeignete Maßnahmen verhindert werden.

Einer der Referenten wies besonders darauf hin, daß die Konsumgenossenschaften in den Kriegsjahren sowohl hinsichtlich ihrer Mitgliederzahl als auch hinsichtlich ihres Umlages sehr erheblich zugenommen haben. Ein großer Teil dieser Zunahme komme auf die Eigenproduktion in den Vöckerinnungsverband der Konsumgenossenschaften. Hier ist also dem Kleinhandwerk ein Konkurrent erwachsen, der nicht minder gefährlich sei als die kapitalistischen Großbetriebe. Um die Konkurrenz gegen beide Seiten zu mildern, empfahl der Referent Drows Berlin unter allgemeiner Zustimmung die Gründung von Wirtschaftsgenossenschaften der Vöckermeister. Diese Genossenschaften sollen außer dem Konkurrenzkampf mit Großbetrieben und Konsumvereinen hauptsächlich die Aufgabe haben, die Rohstoffverteilung während der Ubergangswirtschaft in die Hand zu nehmen. Hierdurch soll aber nicht — wie der Referent betonte — der reelle Handel ausgeschaltet, sondern nur der unrette Zwischenhandel bekämpft werden. Die Organisation der Wirtschaftsgenossenschaften soll so durchgeführt werden, daß für jeden Jahresschnitt eine Genossenschaft ins Leben gerufen wird und diese durch eine Reichszentrale zusammengefaßt werden.

Der Verbandstag bewilligte 25 000 M. aus der Zentralkasse für die Gründung von Genossenschaften.

Mit Rücksicht darauf, daß die führenden Männer des „Germania“-Verbandes bis in die letzte Zeit für die Wiedereinführung der Nachtarbeit nach dem Kriege als Hebel in Bewegung gesetzt haben, verdient bemerkt zu werden, daß einer der Referenten ohne Widerspruch sagte, der Übergang von der Nacht zur Tagarbeit sei sehr leicht von statten gegangen. Heute gebe es nur sehr wenige Meister, welche die Wiedereinführung der Nachtarbeit wünschen. Meister, Gesellen und Lehrlinge seien fast ohne Ausnahme für Verbeibaltung der Tagarbeit.

### Eingegangene Druckschriften.

Die österreichischen Ernährungsvorschriften. Von Dr. Kurt Reibberger. 1011 S. 19 Kr. — Kriegswirtschaftliche Verordnungen. Von Dr. Arnold Lehmann. 1006 S. Zweite im Verlag der Wänschen Hof- und Universitätsbuchhandlung, Wien.  
 Aufzählung Prot. Kulturhistorische Bilder aus alter Zeit. Von Dr. Johannes Kleinpaul. Volkswirtschaftsverlag G. m. b. H. R.-Glabach. Gr. 270 M., geb. 2,20 M.  
 Verantwortlich für Inhalt: Erich Kautzer, Berlin; für den äußeren Teil des Blattes: Alfred Scholz, Krefeld; für Anzeigen: Erhard Stode, Berlin. Verlag: Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3. Querz. 1. Verlage und Unterhaltungsblatt.

# A. WERTHEIM

Unsere Firma gehört dem Verband der Waren- und Kaufhäuser nicht an, steht daher dessen Veröffentlichungen fern.

## Wirtschafts-Artikel

- |  |   |
|--|---|
| Kaffee- u. Zuckorbüchsen 1.15 1.25           | Papierhalter Porzellan . . . . . 2.90     |
| lack. Gebäckkasten 90 Pf. bis 2.20           | Schrubber . . . . . 2.50 3.20             |
| Abräumkörbe lackiert . . . . . 1.80          | Scheuerbürsten . . 1.35 1.60 3.20         |
| Backformen . . . . . 45 bis 80 Pf.           | Teppichhandfeger 3.60 4.50 5.25           |
| Blitzschneider . . . . . 1.15                | Teppichbesen . . . 6.25 7.25 7.75         |
| Fleischklopfer . . . . . 45 Pf.              | Teppichrechenmaschinen . . M. 27 32 36 40 |
| Tellerwagen . . . . . 15.25                  | Blankbürsten . . . 1.35 2.00 2.25         |
| Reibomaschinen . . . . . 15.00               | Auftragbürsten 20 25 30 35 40 u.          |
| Messerputzer . . . . . 3.15                  | Kleiderbürsten 2.50 2.70 3.20 3.80        |
| Tischluhklammer ohne Feder 9, m Feder 18 Pf. | Haarbürsten 1.30 1.80 2.50 3.20           |
| Fleischbretter Buche 2.25 3.60 4.50          | Zahnbürsten . . . 45 Pf. bis 2.00         |
| Kaffeebretter Kirschbaum 4.00 5.00 5.90      | Draht-Blumenampeln 65 80 Pf. bis 1.10     |
| Auftragbretter Buche 5.00 6.75 9 10 10.80    | Drahkonsole 1. Blumentöpfe 50 60 90 Pf.   |
| Wäscheklammern 10 Stück 40 Pf.               | Gartenschneeren . . 1.25 bis 4.00         |
| Fensterklammern . . . . . 22 Pf.             | Giesskannen unlack. 2.70 bis 6.00         |
| Wäscheleinen . . . . . 4.00 6.00 8.00        | Blumenbretter . . . . . 3.60              |
| Wäschetrockner . . . . . 2.50                | Blumenspritzen . . 2.25 2.50 3.00 4.00    |
| Toilettepapier in Rollen . . 45 Pf.          | Gaskocher 2 Loch . . . . . 21.00          |
| Schrankpapier blau . . . . . 3.15            | Gaskocher 3 Loch . . . . . 24.50          |

Verschiedene  
**gußeiserne Geschirre**  
roh, geschliffen und inoxidiert

**Eisschränke**  
erstklassiges Fabrikat, mit Glas oder Zink ausgeglänzt

**Blumenkästen gestrichen**  
1.35 2.00 2.50 3.20 3.80

**Einmachekessel**  
in verschiedenen Größen und Ausführungen

Besonders preiswert  
**Globus-Einkochgläser**  
in allen Größen

## Emalle

Kaffeemaschinen . . . 5.00 bis 8.00	Maschinenöpfe . . . 25 Pf. b. 2.20
Kaffeekannen . . . . 1.80 bis 5.40	Milchkocher . . . . . 2.25 bis 4.00
Tassen . . . . . 25 bis 90 Pf.	Kaffeeflaschen . . . 1.80 bis 3.00
Untertassen . . . . . 18 bis 35 Pf.	Gemüselöffel . . . . 84 Pf. b. 1.20
Sahnengießler . . . . 1.00 bis 1.20	Schöpföffel . . . . . 70 Pf. b. 1.80
Trinkbecher m. Griff 70 bis 80 Pf.	Durchschläge . . . . 2.00 bis 3.60
Trinkbecher ohne . . . 20 bis 80 Pf.	Tablets oval . . . . . 1.60 bis 4.00
Maß 1/2 Liter 1.15, 1 Liter 1.60	Senaumibföfel . . . . 40 Pf. b. 1.60
Konsole mit Maß . . . . . 3.30	Wassertrichter . . . 1.05 bis 1.90
Kaffeetrichter . . . . 1.00 bis 1.20	Suppenterrinen . . . 3.00 bis 3.60
Bauchtöpfe . . . . . 3.00 bis 7.00	Schaffnerkrüge . . . . 1.60 bis 5.50
Kasserollen . . . . . 1.60 bis 4.50	Teller flach, tief . . . . 35 bis 80 Pf.
Kasserollen mit Deckel, hoch 3.50 b. 10.25	Schüsseln flach . . . . 60 Pf. b. 4.15
Fl. Bratpfannen m. Deckel 4.50 b. 11.35	Krüge konisch, gebauht 3.75 bis 7.75
Fl. Bratpfannen lang . . . . 5.50	Seifennäpfe m. Rückw. 1.00 bis 1.10
Fl. Bratpfannen flach, oval 90 Pf. b. 2.75	Eskummen . . . . . 80 Pf. b. 5.65
Runde Pfannen . . . . 85 Pf. b. 4.25	Teigschüsseln . . . . 1.35 bis 4.75
Topfdeckel . . . . . 35 Pf. b. 2.15	Kehrschaufeln . . . . 1.90 bis 2.00
Wasserkessel f. Gas 2.90 bis 9.00	Toilettenoimer . . . . . 10.60

Direktion Max Reinhardt  
**Deutsches Theater.**  
7 1/2 Uhr: Der Bürger als Edelmann  
Kammerspiele.  
8 Uhr: Samuray.  
Volksbühne.  
Theater am Bülowplatz.  
Untergrund. Schönk. Tor.  
7 1/2 Uhr: Die Richtige.  
Dir. C. Meinhart — R. Bernauer.  
Theater Königgrätzer Str.  
7 Uhr: Folkungersage.  
**Komödienhaus.**  
7 1/2 Uhr: Die Zarin.  
**Berliner Theater**  
7 Uhr: Blitzblaues Blut.

**Theater für Donnerstag, 25. April.**  
Central-Theater  
Kommandantenstraße 57.  
7 1/2 Uhr: Die Csardasfürstin  
Deutsches Opernhaus  
7 Uhr: Liebesketten.  
Friedrich-Wilhelmst. Theater  
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.  
Kleines Theater  
7 1/2 Uhr: Nante.  
Komische Oper  
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.  
Sonnt. 12 U.: Die goldene Eva.  
Sonnt. 3 1/2 U.: Die Kinokönigin.  
Metropol-Theater  
7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.  
Neues Operettenhaus  
Schiffbld. 4a. Kassent. N. 251  
7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.

Lustspielhaus 7 1/2 Uhr:  
Die blonden Mädels v. Lindenhof  
Residenz-Theater  
7 1/2 Uhr: Der junge Zar.  
Schiller-Theater O  
7 1/2 Uhr: Im Hafen.  
Schiller-Th. Charl.  
7 1/2 Uhr: Alt-Heinleberg.  
Thalia-Theater  
7 1/2 Uhr: Unter der blühenden Linde  
Theater am Nollendorfsplatz  
3 1/2 Uhr: Deutsche Kleinstädter.  
7 Uhr:  
Theater des Westens  
7 1/2 Uhr: Ludwig XIV.  
mit Guido Thielscher.  
Vorh.: Der Regimentszauberer.

Walhalla-Theater.  
7 1/2 Uhr:  
Das Musfiantendorf.  
Apolo  
Friedrichstr. 216. 7 1/2 Uhr:  
Der Flieger von Tsingtau  
sowie die verblüffenden  
Varietés-Attraktionen.  
Theaterkassa ab 10 U.  
ununterbr. geöffnet.  
Casino-Theater  
Lothring. Str. 37. Tägl. 7 1/2 u. 11 U.  
Das Bollefeld von Ed. K. Krönke  
Anna's Traum.  
Ein belleres Familienbild.  
Vorher das neue April-Programm.  
Emil Merkel, Bruno Rüger usw.  
Sonntag 4 Uhr: Bajazzo.

NATIONAL-THEATER  
7 1/2, Deutsch-Amerik. Th. 7 1/2  
**Die ist richtig!**  
Musik: Walter Bromme.  
Sonntag 8 1/2 U.: Johannisfeuer.  
Busch  
Tägl. 7 1/2, Stg. 3 1/2 u. 7 1/2  
Ungeheure Heltetrickstürme  
erzeugen täglich die gr.  
Wasser-Szenen I. der  
Pracht-Ausstatt.-Pantom.  
„Frühlingsspiele“  
in 4 Akten.  
Sturmstunde mit Volk-  
bruch! — Kahrutsch aus  
30 Meter Höhe!  
Vorher das große Zirkus-  
Programm.

Die Nachtrags-Bekanntmachung des Oberkommandos in der  
Marken zu der Bekanntmachung vom 1. Juli 1917, betreffen-  
de die Aufnahme und Beförderung der deutschen Schulschüler  
und des Bollefeldes bei den deutschen Werbereien tritt am  
25. April 1918 in Kraft.  
Die vollständige amtliche Bekanntmachung erfolgt an den  
Anschlagtafeln und in der Reichsdeutschen Allgemeinen Zeitung.  
(187. I. Stk. 18. II. Ang.)  
Berlin, den 25. April 1918.  
Der Vöckerpräsident.

**Kaffee  
Luitpold**  
Hetzstraße 15.  
**Kabarett.**  
Frank Bergmann  
Peppi Pfeiffer  
Martin Löwe  
und das große  
April-Programm.

**Allgemeine  
Ortskrankenkasse  
für  
Berlin-Tempelhof**  
Einladung  
zu der am Donnerstag, den  
2. Mai 1918, abends Punkt  
8 Uhr, im Restaurant Rein-  
hold Zöpfer, Berlin-Tem-  
pelhof, Berliner Str. 100,  
sitzenden  
ordentlichen Ansehungsitzung  
der Vertreter der Arbeitgeber  
und der Beschäftigten.  
Tagesordnung:  
1. Geschäfts- und Kassens-  
bericht für das Geschäftsjahr  
1917.  
2. Bericht der Revisoren.  
3. Erhaltungsbekannt-  
machung.  
4. Verschiedenes.  
Besuchen und Anfragen  
sind bis spätestens Montag,  
den 29. April 1918 bei der  
Kassenverwaltung schriftlich ein-  
zureichen.  
Der Vorstand  
der Allgem. Ortskrankenkasse  
für Berlin-Tempelhof.  
(92.) Ernst Krieger, I. Vorst.

**WINTERGARTEN**  
Ballett Charell  
Künstl. Leitz. u. Kostüm-  
Entw. Ludwig Kainer  
Choreograph. Leitung:  
Eric Caroll  
sowie der  
große  
Variété-Spielplan!  
Rose-Theater.  
7 1/2 Uhr:  
Das Glas im Winkel.

**Berliner Konzerthaus**  
Mauerstraße 82 Zimmerstraße 90/91.  
Heute:  
des Berliner Konzerthaus-Orchesters,  
Leiter: Komponist Franz von Blon.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen, den 26. April: **Großes Konzert**  
des Chormeister-Verbandes Berlin und Umgegend, aus-  
geführt von der Gruppe Osten des Groß-Berliner Sängers-  
bundes, Leitung: Gruppenchormeister Paul Hükel.

Reichshallen-Theater.  
Täglich 7 1/2, Uhr. Sonntags  
3 und 7 1/2, Uhr:  
**Stettiner Sänger.**  
Nachmittags ermäßigte Pr.  
Voigt-Theater.  
Badstr. 55. Badstr. 58.  
7 1/2, Uhr:  
**Kometen Paula.**  
Kassent. 6 1/2, Anfang 7 1/2, U.

Trianon-Theater  
7 1/2 am Hof, Friedrichstr. 7 1/2  
Tel.: Zentrum 4927 und 2391.  
Der Lebensschüler  
Komödie von Ludwig Fulda.  
Ida Wüst, Erich Kaiser-Titz,  
v. Möllendorff, Flink, Kottner.  
Stg. 4 U. kl. Pr.: Johannisfeuer.  
**Palast**  
Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2  
Erna Offeney  
u. Walter Steiner.  
d. neuen April-Programm.

**Spezialarzt**  
Dr. med. Dahmann für  
Geschlechtskrankheiten,  
Haut-, Nerven-, Frauenleiden,  
nervös. Schwäche, Bela-  
stung. Behandlung  
schnell, sicher u. schmerz-  
los ohne Berufsunter-  
brechung in Dr. Homeyer & Co.  
konz. Labor. f. Blutunters.  
Fäden im Harn usw.  
Friedrichstr. 61. gegenüb.  
Königsstr. 59/67. gegenüber  
Panoptik.  
Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1.  
Honorar mäßig, a. Teilnahml.  
Separates Damenzimmer.